

Ercheint an allen Werktagen.

Bezugspreis monatl. Bloty: bei der Geschäftsstelle 3.50 bei den Ausgabestellen 3.70 durch Zeitungsboten 3.80 durch die Post 3.50

auschl. Postgebühren ins Ausland 6 Bloty. in deutscher Wählg. 5 M.-M.

Fernsprecher 6105, 6275. Tel.-Abz.: Tageblatt Posen.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Postcheckkonto für Polen: Nr. 200 283 in Posen.

Postcheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Anzeigenpreis: Pettzeile (38 mm breit) 30 Gr.

für die Millimeterzeile im Anzeigenteil 10 Groschen

Reklameteil 25 Groschen. Sonderplatz 50% mehr. Reklamepettzeile (90 mm breit) 75 Gr.



Die politische Woche. Verzögerte Entscheidungen. — Poincaré und Millerand beiseite; was nun? — Prüfsteine für das „neue Frankreich.“ — Deutsch-französische Verständigung. — Ein Reisebericht der „Wossischen Zeitung“.

Woche um Woche zieht sich die Entscheidung dahin. Die Reparationsfrage kommt nicht vom Fleck. Zuerst verzögerten die deutschen und französischen Wahlen die Klärung. Dann bewirkte einen neuen, schmerzlichen Aufschub die Regierungskrise in Deutschland. Und noch ist auch die französische Krise, die das Staatsoberhaupt selbst in ihren Strudel mitgerissen hat, ein Hemmschuh für klare Bahn.

Millerand ist nach zäher Gegenwehr aus dem Sattel geworfen. Er ist Poincaré gefolgt. Der Linksbund hat seine Opfer. Ein neues Frankreich richtet sich vor uns auf. Klar ist freilich immer noch nicht, wer die Erbschaft antreten wird. Wird es Herriot sein, den man seit langem als den zur Macht Bestimmten ansah? Oder wird ein anderer ihm den Rang ablaufen? Aber auch mit der Bestimmung der neuen Repräsentanten wird Frankreich noch nicht gezeigt haben, daß nach Außen hin etwas Neues geworden ist. Was wird werden? — Wie werden wir, außer durch geänderte Firmenschilder, sehen, daß der Versailler Geist des Unfriedens und der brutalen Siegeregewalt aus dem Arsenal der französischen Politik verbannt worden ist?

Die neuen Männer in Frankreich werden sich nicht mit Phrasen und einullenden Worten begnügen können; es stehen Duzende von Fragen zur Entscheidung, aus denen deutlich werden wird, was Geistes Kinder die Wortführer des neuen Kurzes sind. Dem Völkerbundsrat, der am 11. Juni in Genf zu seiner 21. Tagung zusammentritt, liegen wiederum eine Reihe von Fragen zur Beschlußfassung vor, in denen eine Reihe von Interessen zur Debatte stehen. Das deutsch-polnische Minderheitenproblem steht auf der Tagesordnung, und zwei deutsche Noten in Sachen der Völkerbundsverwaltung des Saargebietes werden — wieder vergeblich? — fordern, daß der Völkerbund in seinem Mandatslande zum mindesten das gewährleiste, was der Versailler Vertrag dem Deutschen Reich an Bürgschaften für gerechte Handhabung der Regierung zubilligt. Es waren bekanntlich stets die französischen Vertreter, die der Gerechtigkeit im Wege standen. Wird die neue französische Regierung neue Männer oder wenigstens neue Instruktionen senden? Wird sie sich also beispielsweise endlich zu der deutscherseits mit vollem Recht geforderten Rückziehung der französischen Truppenmacht aus dem Saargebiet bereit erklären und einen genauen Zeitpunkt für die Durchführung festlegen lassen? Wird sie die heimtückische Sabotierung der kommenden Volksabstimmung beiseitigen, d. h. wird sie die französischen Schulen und ihre Propagandaarbeit beiseitigen?

Ein deutsches demokratisches Blatt hat von dem großen Glück gesprochen, das die linksgerichteten französischen Wahlen dem deutschen Volke in diesem schicksalsschweren Zeitpunkt bedeuten müssen. Es liegt an Frankreich, den Beweis zu liefern, daß ihm an vernünftiger, ruhiger Entwertung der wirtschaftlichen und politischen Fragen gelegen ist, die die beiden großen kontinentalen Völker Europas von der Arbeit abhalten. Es wird sich zunächst ja nur darum handeln können, einen „Modus vivendi“ zu suchen, eine Festigung und Beilegung, eine Möglichkeit zu „leben“ und von der Ungewißheit freizuwenden, die seit fünf Jahren über dem kommenden Tag und über der kommenden Stunde wie ein droffelnberd Nebel lagert.

Die „Deutsch-französische Verständigung und“, die wahre, dauerhafte, wird heute und morgen nicht zu erreichen sein; man sollte in beiden Lagern froh sein, wenn man dieses große Problem nicht in der heutigen Unruhe und unter dem Druck der jüngsten Vergangenheit zu lösen unternehmen muß. Eine „Waffenruhe“ — im Zeichen des Vernehmens! — wäre nach zehn Jahren des Kampfes und Ringens schon ein willkommener Fortschritt. Aber er müßte freilich gerade von dem in aller Ehrlichkeit Zuerlässigkeit geboten werden, der ihn bisher stets zu verhindern gewußt hat: vom französischen Staat. Wenn er durch eine deutliche Geste, eine großzügige Handlung, ein Opfer erkennbar werden ließe: „Seht, wir sind bereit, dem Frieden die Bahn zu bereiten“, wenn das übermächtige militärisch kraftvolle Frankreich seinem am Boden liegenden deutschen Nachbarn sagen wollte: „Vertrauen um Vertrauen. Opfer um Opfer. Wir lösen die Hand von deiner Kehle. Wir lassen dir Luft zu atmen“, dann würden auch die Mißtrauischen, die Ungläubigen Vertrauen und Glauben sich abringen können. Auf Frankreich liegt eine ungeheure Verantwortung; mögen seine neuen Führer ihrer Aufgabe gerecht werden!

Mit Phrasen und sittlicher Entrüstung, mit moralischem Augenaufschlag und Betenerung der edlen Gesinnung ist das Problem freilich nicht zu lösen. Das sollten sich auch diejenigen Kreise gefast sein lassen, die eine Verständigung und Versöhnung „um jeden Preis“ verfechten. Eine „Erbschaft“, eine tausendjährige, blut- und tränenge tränkte Gegnerschaft, eine langwierige, blut- und tränenge tränkte Gegnerschaft zweier großer Völker und Staaten schafft man doch wahrlich nicht dadurch aus der Welt, daß man die Tatsachen verfälscht, die Voraussetzungen verkennt und die Hemmnisse einzig und allein durch die Schlechtigkeit und moralische Minderwertigkeit der zur Vorsicht mahnenden Widerstrebenden im eigenen Volke zu erklären sucht! Dies aber scheint die Methode zu sein, nach der in Deutschland die „Versöhnung, die kommen muß und wird“ herbeizuführen versucht wird. Das ist die Methode des auf seine „angewandte politische Ethik“ stolzen Professor Wilhelm Förster und seines Leiblattes „Die Menschheit“; das ist die Art, wie etwa in dem „Sozialistischen Monatsheften“ das deutsche Volk zu seinem Heile gezwungen werden soll. Es ist auch der kontinentalpolitische Kniff der „Wossischen Zeitung“, die durch einen aufsehenerregenden Artikel über die französische Reise eines ihrer Mitarbeiter, die eben gekennzeichnete Versöhnungspolitik betreibt.

Gemeint ist der Aufsatz der „Wossischen Zeitung vom 4. Juni: „Hinter der Front in Frankreich 1924“ von Dr. Otto Grautoff. Der ganzen Anlage dieses Artikels nach zu schließen, läuft er darauf hinaus, einen deutschen offiziellen Bericht auf Elsaß-Lothringen als Bürgschaft dafür zu fordern, daß die deutsch-französische Westgrenze als etwas Unverrückbar-Festliegendes anerkannt wird. Die Franzosen sollen nicht mehr die Angst haben, daß um der elsass-lothringischen Frage willen Feindschaft und Kriegsgefahr bestehe. Das ist natürlich nicht offen gesagt; es wird vielmehr mit

Dr. Winiarski wird beleuchtet!

„Eine wenig duftende Blume!“ — Der Ruf nach dem Großreinemachen. — Krumme, oberflächliche Gelüste. — Die Völkerbunds-niederlagen — und Herr Winiarski. — Eine Rechtsbeugung. — Würdenträger der Grenzlande im Westen. — Die heckerische Jurisprudenz.

Der „Kurjer Polski“ schreibt: „In seiner Freitagssrede in der Auslandskommission pflüchte Herr Daszyski eine wenig duftende Blume auf dem Felde der Verwaltung unserer Westmarken. „Am 14. März beteuert der Delegierte der polnischen Regierung, Herr Rozmiski, im Völkerbundrat, daß Polen es als moralische Pflicht ansehe, keine Tatsachen zu schaffen, die mit dem Lose derjenigen Deutschen im Zusammenhang stehen, deren Staatsangehörigkeit bisher noch nicht geklärt worden ist oder die in bezug auf Verleihung der polnischen Staatsbürgerschaft eine Abweisung erhalten und dagegen protestiert hatten. Indessen haben trotzdem die polnischen Behörden nicht aufgehört, die Güter solcher Deutschen zu liquidieren.“

Herr Daszyski drückte sich sehr vorsichtig aus: Die Behörden, von denen er spricht, unter der „erprobten“ Leitung des Herrn Winiarski, haben mit der Liquidationsarbeit nicht aufgehört, sondern haben sich mit neuer Begeisterung daran gemacht, sogar ohne Rücksicht auf die Frage der Rechtskräftigkeit der Administrationsentscheidungen, die in gegebenem Falle die Zuerkennung der Staatsbürgerschaft verweigerten. Alles das offensichtlich gegen die klaren Absichten und ausdrücklichen Instruktionen der polnischen Zentralbehörden, die erst ex post in jedem einzelnen Falle Großreinemachen vornehmen müssen. Für einen kleinstädtischen Gründelklaubler, eines geradlinigen Nachkommen der Tribunal-Prozessfächtigen des 17. Jahrhunderts, ist es keine schwere Sache, krumme oberflächliche Gelüste zu hegen und Instruktionen nach eigener Meinung auszuliegen.

Diese ganze Mentalität unserer großpolnischen Verwaltungsbehörden, eine Mentalität, der wir eine lange Reihe von Niederlagen in Genf und Haag verdanken, wird vielleicht am besten durch die folgende, streng authentische Episode aus der amtlichen Tätigkeit eines dortigen, zum Glück jetzt schon „reduzierten“ Wojewoden gekennzeichnet. Die Verwaltungsbehörden verweigerten einem Deutschen in beiden Instanzen die Anerkennung des polnischen Bürgerrechtes. Der Deutsche reichte beim Verwaltungstribunal in Warschau eine Klage ein. Der Wojewode wies ihn aus Polen aus, wozu er formell berechtigt war. Aber darin liegt nicht die Pointe der Geschichte, sondern in dem Bericht, den er dazu dem Ministerium einreichte. In Anbetracht der gefährlichen Wahrscheinlichkeit, daß das Verwaltungstribunal das Urteil beider Instanzen zu verwerfen gezwungen sein werde, mußte man sich mit der Ausweisung praktisch beeilen. Das heißt, daß jene Urteile das Starostwo und Województwo offensichtlich rechtswidrig waren, und nach den sittlichen Verwaltungsauffassungen des Herrn Wojewoden die „Gefahr“ in der Möglichkeit lag, daß diese Rechtsbeugung unausgeführt bleiben könnte.

Das Fatale für unsere Grenzlandwürdenträger dieser Geistesverfassung ist, daß man in dem Nachkriegseuropa nicht nur in Genf, sondern auch überall sonst kein Verständnis für diese spezifisch großpolnische Psyche besitzt, — daß durch die durch den Krieg hervorgerufene Erschütterung in der Demutweise unsere Westgebiete sich erst tatsächlich zu jenem piccolo mondo antico entwickelt haben, über den vor einigen Jahren ein scharfer Beobachter des dortigen Lebens schrieb: Sie wurden zu einer vom Meer der Dunkelhaftigkeit umwogten Insel, — vielleicht nicht eine Insel der Seligen, aber auf jeden Fall eine Insel ungeheuer mit sich selbst Zufriedener, was ja bekanntlich schon die halbe Seligkeit ausmacht.

Wir müssen aber die allgemein gültige Behauptung bis zu einem gewissen Grade dahin zusammenfassen, daß man für die Geistesverfassung von Leuten wie Winiarski und Brejski in Europa nirgends mehr das nötige Verständnis besitzt. Ein Ort ist noch in der Welt, wo sie auf eine freundliche Sympathie und Anerkennung rechnen können, und das ist der Anhang des Generals Rubendorff (!) in Deutschland. Da bezeichnet man unsere Würdenträger dieser Kategorie mit dem Namen „verfluchte Kerle“, da wird man sein eigenes Fleisch und Blut wiedererkennen. Es ist nun aber gerade wieder einmal ein tragikomisches Verhängnis, daß diese einzigen Gleichgesinnten der Welt sich in getrenntem Lager befinden.

Allerdings hat nun aber die Tatsache keine Spur von Komik mehr, daß die Kosten dieser politischen Geistesverfassung unserer westlichen Grenzgebiete — übrigens nicht nur moralische Kosten — der polnische Staat bezahlt, — daß diese heckerische Jurisprudenz und Verwaltungspraxis einen Klob am Bein unserer Auslandspolitik bedeutet, daß sie über unseren Staat nicht nur Niederlagen und Demütigungen heraufbeschwört, sondern auch ihre endgültige Liquidierung erschwert und aufschiebt.

So hören wir denn, ohne uns sehr darüber zu wundern, daß die deutsche Regierung in Anbetracht des Verfahrens des Herrn Winiarski das Übereinkommen aufzuheben gedenkt, auf Grund dessen sie die Schiedsprechung des Herrn Raetenbeeds im Falle eines — übrigens vorausgesehenen — Mißerfolges der Wiener Verhandlungen angenommen hatte. Wir wissen vorzüglich, daß der Wortbruch des Herrn Rozmiski — durch Herrn Winiarski inszeniert — für Deutschland nur ein Vorwand ist, und wenn wir auf die Geschicklichkeit unseres Außenministers zählen könnten, würden wir sagen, daß sich die Spitze dieses deutschen Vorwandes ohne große Schwierigkeit gegen seine Initiatoren zurückrichten ließe. Aber ohne diesen Glauben, den ja wohl der Herr Janowski von uns auch niemals erwartet, bleibt nur noch eine neue Verwicklung übrig, ein neuer Zwang, Schaden wieder gut zu machen, anstatt Vorteile zu erringen, und — ein neuer Aufschub. Im Augenblick, wo die deutsche Kolonialfrage endlich von der Tagesordnung unserer Politik verschwinden soll, haben wir es dazu gebracht, aus der Interpretation der Artikel 3 und 4 des Minderheitenvertrages uns eine neue Fessel in dieser Politik anzulegen.

Im größten Meisterwerk der polnischen Poesie („Pan Tadeusz“ von Mickiewicz) und zwar in seiner erschütterndsten Szene, kommt eine Episode vor, die den heutigen Leser vielleicht am meisten ergreift. Es ist das der in der Reichweite des sterbenden Robak dem Gervazy gemachte Vorwurf, daß er durch den unzeitgemäßen Aufbruch im Adelshof der Dobrzynskis den Plan eines Volksaufstandes in Litauen in dem wunderreichen und schrecklichen Jahre 1812 verhindert. Die Dobrzynskis leiten ihr Geschlecht aus den polnischen Westgebieten her, sie, die zu jedem Abenteuer, zu jedem Fehdehiebzug bereit waren. Und bis auf den heutigen Tag finden wir in diesen Grenzgebieten irgendeinen neu erstandenen Regajla, der in dem großen Adelshof eine Truppe sammelt, sie aber nicht auf den äußeren Feind, sondern gegen das Herz des Potentats führt. Und ihm kommt nicht einmal der Gedanke ins Gehirn, daß er — leider — nicht den letzten Fehdezug auf das Wohl der Republik unternimmt. „Hei, haut Soplica!“

schmerzlichen Bedauern und tränenerfüllter Stimme die „bittere Wahrheit“ verkündet, daß die Elsäßer „dem deutschen Kulturkreis entglitten“ sind, daß die „Elsäßer nichts mehr von uns wissen wollen“, daß sie „uns verloren sind“. Der Aufsatz arbeitet mit Verdrehungen und Verfälschungen, daß man nur zwei Möglichkeiten zur Erklärung hat: Entweder ist der Verfasser so verständnislos für kulturpolitische Dinge, daß er Außerlichkeiten, „Potemkinsche Dörfer“ für die Wirklichkeit nimmt, oder aber er hat sich mit Willen und Absicht zum Sprachrohr französischer Propagandakünste hergegeben. Wir wollen zunächst die erste Möglichkeit als wahrscheinlich annehmen, wengleich sie nicht dazu angetan ist, diesen Vertrauensmann des großen Berliner Blattes als dazu geeignet erscheinen zu lassen, dem deutschen Volke das französische Wollen und Trachten zum Verständnis zu bringen!

Die deutsch-französische Flurbereinigung verträgt keine Unaufrichtigkeit; wenn die deutschen „Verständigungspolitiker“ mit solch plumpen Mitteln arbeiten zu müssen glauben, so mögen sie sich nicht wundern, wenn sie keine Gefolgschaft finden. Sie werden im vorliegenden Falle wieder einmal das Gegenteil von dem erreichen, was sie erstrebt haben. Sie rühren mit dem Worte Elsaß-Lothringen an schmerzliche Wunden, die man nicht künstlich aufreißen sollte.... wenn man die Verständigung predigt!

Wie kann man die Lage der Deutschen in Polen bessern?

Die Gerechtigkeit erlaubt keine Unterdrückung.

Der „Dziennik Poznański“ ist in der letzten Zeit öfter in verhältnismäßig ruhiger und sachlicher Form bemüht gewesen, in der Minderheitenfrage eine Klärung herbeizuführen. Er hat zunächst drei Juristen befragt, die politisch und rechtlich dazu Stellung genommen haben, und wir haben auch bereits gesagt, was wir zu diesen Erklärungen zu sagen hatten. Nunmehr erscheint im „Dziennik Poznański“ ein Artikel unter der Überschrift: „Die deutsche Frage“, der von einem katholischen Geistlichen, Dr. Konrad Kantak geschrieben ist, und der neben verschiedenen Unrichtigkeiten manches Gute vorschlägt. Wir bringen den Artikel, der in deutscher Übersetzung folgendermaßen lautet: „Aus der Zahl der Minderheitenprobleme interessiert uns im Westgebiet vor allen Dingen die Frage der Lage der Deutschen, die in Polen wohnen. Sie bilden nirgends eine geschlossene Bevölkerung, sondern sitzen hauptsächlich in den Städten, in Pommern, Schlesien sowie im westlichen Teil Polens. Ferner gehört hierher die deutsche Insel in Biata, Wielka, die Kolonie in Lodz und Umkreis, sowie die Weichselkolonisten. Die Gesamtzahl der Deutschen beträgt ungefähr 900.000. Sie stellen vorwiegend eine besitzende und gebildete Bevölkerung dar. Sie sind in der großen und kleinen Landwirtschaft, in der Industrie, im Handel und in den Finanzen vertreten. Es fehlt auch nicht an Arbeitern. Schwächer sind die freien Berufe vertreten. Die Deutschen besitzen eine umfangreiche und gut organisierte Presse, Volks-, Mittel-, Privat- und staatliche Schulen. In kirchlicher Beziehung haben die Evangelischen die unierte Kirche, die in der Verwaltung von Berlin abhängig ist. In der augustinischen Kirche im ehemaligen Königreich sind sie zum mindesten gleichberechtigt. Die Katholiken haben einen Bischof, einige Domherren, eine Anzahl Präbosten und eine deutsche Teilbesetzung in einem Seminar. Obwohl die deutsche Sprache nicht Amtssprache ist, kann tatsächlich doch in jedem Amt der Deutsche sich in seiner Sprache verständigen. Trotzdem sind die Deutschen in Polen nicht zufrieden. Diese Unzufriedenheit zeigt sich in der Opposition gegen jede Regierung, wozu wir hauptsächlich in der deutschen Presse lesen. Bei der Organisation des Minderheitenbundes waren die Deutschen die Mitbegründer und neben den Juden die Hauptbenefiziarer. Worin liegt eigentlich die Unzufriedenheit der Deutschen begründet? In den preussischen Zeiten waren sie die herrschende Schicht, die durch die Regierung durch offensichtliche Unterdrückung und auf Kosten des polnischen Elements unterdrückt wurde. Jetzt hat sich das geändert. Zahlenmäßig sind sie auf die Hälfte heruntergegangen infolge der Abwanderung, besonders der Beamten, nach Deutschland. Der Verlust der privilegierten Stellung rief die Unzufriedenheit hervor. Der Versailler Vertrag erlaubte Polen, einen großen Teil der deutschen Besitztümer zu liquidieren, die infolge der Enteignungspolitik der preussischen Regierung erworben worden waren. Ferner hat das polenfeindliche Verhalten der deutschen Regierung und öffentlichen Meinung naturgemäß entsprechend auf die Gefühle der polnischen Deutschen abgefaßt. Alles das betrifft vor allen Dingen das deutsche Element im ehemaligen preussischen Teilgebiet, zu dem jedoch noch ein ungleich schwächeres Ansiedlungsgebiet in Kongresspolen hinzukommt. Angesichts dieser Faktoren spielen die ab und zu vorkommenden Fehler und Ungehörigkeiten der polnischen Verwaltung, die nicht immer ihrer Aufgabe gewachsen ist, eine untergeordnete (1) Rolle. Gibt es Mittel, um diese Unzufriedenheit zu beseitigen? Wenn Polen seine Außen- und Innenpolitik vollkommen umkrempelte, wenn es statt des Bündnisses mit Frankreich ein Bündnis mit Deutschland abschließen würde, wenn es sich in einen Nationalitätenstaat umwandelte, (1) und auf alle Liquidationen verzichtete, — dann vielleicht würden die Deutschen zufrieden sein. Jeder Pole jedoch weiß, daß eine solche Änderung einem staatlichen Selbstmord (1) gleichkommen würde. Wenn die Dinge aber so liegen, erhebt sich die Frage, was für eine Methode den Deutschen gegenüber anzuwenden ist. Der Minderheitenvertrag, der für die nationalen Minderheiten in Polen eine Magna Charta bedeutet, entstand aus der Voraussetzung, daß Polen Nationalität ist. Die Konstitution verkündet Gleichberechtigung aller Bürger ohne Unterschied des Bekenntnisses und der Nationalität. Endlich erlaubt es die Gerechtigkeit auf keinen Fall, irgendeine Minderheit zu unterdrücken, aber gibt dieser auch nicht das Recht zu Privilegien. Angesichts dieser Grundsätze braucht auf die Liquidation der deutschen Besitztümer seitens der Republik durchaus nicht verzichtet zu werden. Der die Liquidation justifizierende Versailler Vertrag machte zum kleinen Teil nur das Unrecht gut, das den Polen durch die preussische Regierung zugefügt worden ist, und diesen Vertrag hat auch Deutschland angenommen. Wir verstehen, daß das für den Einzelnen unangenehm ist, aber er ist selbst daran schuld, daß er ein Werkzeug der Ungerechtigkeit der preussischen Regierung war. (1) Andererseits muß man bei der Durchführung der Liquidation unnötige Härten und Anstand vermeiden, und sich genau an die internationalen Abmachungen halten. Übrigens ist der ganze Liquidationsprozeß etwas Vorübergehendes, aber das deutsche Problem bleibt für immer bestehen. Wir sind daher der Meinung, daß in der bestehenden staatsrechtlichen Lage der Deutschen es weder einen Grund noch eine Möglichkeit gibt, irgendeine Änderung herbeizuführen. Anders sieht jedoch die Sache aus, wenn es sich um die Durchführung der bestehenden Beschlüsse handelt. Es müssen die möglichen Reibungen vermieden werden, der Grundfals muß Gerechtigkeit sein. In der praktischen Handhabung muß man sich an den Grundsatz „Gleiches für Gleiches“ halten. Ungefähr dieselbe, vielleicht etwas größere Anzahl (1) von Polen wohnt in Deutschland. Es beklagen sich nicht nur die polnischen Deutschen, sondern noch mehr die deutschen Polen über ihre Benachteiligung. Man müsse doch meinen, daß der tatsächlichen oder angeblichen Benachteiligung der einen oder der anderen Seite ein Ende gemacht werden könnte, wenn man beiderseits sich des gleichen Vorgehens befleißigte. So ein System wird auch viele Reibungen zwischen dem polnischen und dem deutschen Staat beseitigen können. Man müßte — nach meiner Meinung — in unparteiischer Art und Weise unter Anteilnahme der Minderheiten selbst, sowie der Vertreter beider Staaten, zunächst statistisch die Anzahl der Polen in Deutschland und der Deutschen in Polen feststellen. Auf Grund dieser Feststellung müßte man dann im prozentualen Verhältnis die gleiche Anzahl niedriger und höherer Schulen, Gottesdienste und Kirchen, Geistlichen und Lehrer in beiden Staaten festsetzen. Falls nicht eine genügende Anzahl geeigneter Kräfte unter der betreffenden nationalen Minderheit vorhanden sein sollte, müßte man diese, denselben Grundsätzen folgend, aus dem anderen Staat herbeiführen können. Die kirchliche und die Schulorganisation der Minderheiten müßte man in beiden Staaten auf denselben Grundlagen errichten. Was die Anwendung der Minderheitenprache in Ämtern und Gerichten anlangt, so wäre eine Befolgung derselben Vorschriften angebracht. Man muß überhaupt im ganzen Staatsbetriebe den Grundsatz „gleich für gleich“ anwenden. Wir nehmen an, daß man im beiderseitigen Liberalismus nicht weit genug gehen kann. Und das Ziel wäre erreicht, wenn die Polen in Deutschland und die Deutschen in Polen sich wohl fühlen wie in eigenen Lande. Uns scheint es rasam, daß beide Staaten nach beiderseitiger Verständigung eine ständige Minderheitenkommission, die zum Beispiel 12 Mitglieder (von jeder Seite 6) mit Teilnahme der beiden Minderheiten (z. B. von jeder Seite zwei) enthielte, schaffen müßten. Diese Kommission hätte die Aufgabe, zunächst im einzelnen ein gemeinsames Minderheitenprogramm, ferner eine Kontrolle über dessen Durchführung, endlich ein Schiedsgericht in Streitfragen auszuarbeiten.

Ich würde es als sehr glückliche Tatsache begrüßen, wenn die polnische Regierung zu einer diesbezüglichen Initiative schreiten würde. Sie würde die Lösung des Minderheitenproblems um einen großen Schritt weiterführen, und würde gleichzeitig der ganzen Welt ihren humanen Liberalismus im Sinne der schönsten nationalen Überlieferungen beweisen. Ich glaube nicht, daß die deutsche Regierung ablehnen würde, denn dieses Programm läge ja ebenso gut im Interesse Deutschlands und der Deutschen. Zweifellos würde so ein Abbau der nationalen Fehden ernstlich zur Errichtung des Friedens in Europa beitragen.“

Dazu ist zunächst zu sagen: Die Behauptung von der deutschen Enteignungspolitik, die ja immer wieder vorgebracht wird, ist vollkommen haltlos. Im Jahre 1889, also vor Gründung der Ansiedlungskommission, besaß sich in Polen in deutscher Hand ein Landbesitz von 3.701.000 Morgen (einschl. 848.000 Morgen Domänen), und in polnischer Hand besaß sich ein Besitz von 2.520.000 Morgen. Also bereits vor der Ansiedlungspolitik besaß sich mehr Land in deutscher als in polnischer Hand. Eine irgendwie amtliche Beeinflussung hat bis zum Jahre 1896, als die Ansiedlungskommission gegründet wurde, nicht stattgefunden. Im Gegenteil, die deutsche Regierung hat wiederholt die Gelegenheit nicht benutzt, die Grundbesitzverhältnisse zugunsten deutscher Bewohner zu verschieben, und solche Gelegenheiten ungenutzt vorbeistreichen lassen.

Die Kolonisation deutscher Bauern geschah zu 71 Prozent auf Kosten des deutschen Großgrundbesitzes. Die Ansiedlungskommission kaufte insgesamt 468.756 Hektar, und von dieser Menge 334.207 Hektar aus deutscher Hand, also von deutschen Eigentümern. Aufgeteilt und mit deutschen Bauern besetzt wurden dann bis zur Abtretung des Gebietes 309.475 Hektar.

Das Enteignungsgesetz, mit dem immer wieder die Welt alarmiert werden soll, ist praktisch nur in vier Fällen auf einem Gesamtareal von 1600 Hektar angewendet worden, d. h. also, von dieser Gesamtmenge von 468.756 Hektar sind 1600 Hektar auf Grund des Enteignungsgesetzes enteignet worden. Daß bei einer solchen Darstellung und bei dem Vergleich mit heute niemand von einer preussischen „Enteignung“ wird sprechen können, muß nicht erst besonders betont werden.

Aus polnischer Hand hat die Ansiedlungskommission 182.549 Hektar erworben und davon 180.949 Hektar im Wege des freien Kaufes. Dieser freie Kauf wurde aber auch noch so außerordentlich gut bezahlt, daß die Verkäufer von Grund und Boden keinen Verlust hatten, sondern im Gegenteil ein ausgezeichnetes Geschäft gemacht haben. Dadurch erhielten sie Geld in die Hand, und es war ihnen Gelegenheit gegeben, ihren Betrieb zu verbessern, intensiver und ertragreicher zu gestalten. Wie Herr Kantak im Angesicht dieses Materials sich zu der Behauptung verweigern kann, daß der Versailler Vertrag nur „zum geringsten Teil das von den Deutschen verübte Unrecht gut macht“, ist geradezu eine Entstellung der Wahrheit. Die merkwürdige Logik: daß es für den einzelnen unangenehm ist, darunter zu leiden, aber er selbst an dieser deutschen Politik schuld sei, weil er ein Werkzeug der preussischen Regierung war, ist ein geradezu beschämender Standpunkt, der eines Geistlichen wirklich nicht würdig ist und der als gebildeter Mann solche „Beweise“ wirklich vermeiden sollte.

Daß Polen Selbstmord begeht, wenn es die Liquidationen einstellt, ist geradezu das Gegenteil von der Wirklichkeit. Umgekehrt ist es. Polen begeht Selbstmord, wenn es in dieser Politik fortfährt. Wir wollen hier nicht wiederholen, daß mit den Liquidationen die besten Kräfte, die tüchtigsten und fleißigsten Elemente aus dem Lande gewiesen werden, — was ja immer ein Schaden für das Land ist —, wir wollen von dieser Darstellung absehen. Aber wir wollen doch Herrn Kantak mal auf andere Beispiele hinweisen. Die Tschechoslowakei zum Beispiel hat mit Deutschland ein Abkommen getroffen (obwohl auch sie das Recht, zu liquidieren, besitzt), keine Liquidationen vorzunehmen, wenn sie besondere Vorteile erhalte. Deutschland hat auf dem Wege einer persönlichen Abmachung der Tschechei besondere Transitübergehungen gewährt. Heute hat die Tschechei einen Hafenanteil in Hamburg, der zehnmal größer ist als Polens (1) Dingen. Auch die Tschechei hat keine direkte Verbindung mit dem Meer, aber durch dieses Abkommen erhält sie eine wirtschaftliche Bedeutung, die ohnehin ist. Durch diese Abmachung hat die Tschechei nicht die internationalen Unannehmlichkeiten (beim die Liquidationen wird es immer Scherereien geben, weil viel Ungerechtigkeit vorkommt) vor dem Völkerverdacht geholt; man hat zu dem Tschechei Verträgen, die Währung ist fest geblieben, und politische Erfolge haben sich nacheinander eingestellt. Das ist Tatsache, und die Tschechei hat nicht „Selbstmord begangen“, im Gegenteil, sie ist heute geachteter in der Welt als Polen. Die Behauptung des Herrn Kantak hinkt also auf beiden Beinen.

Sehr schön ist übrigens, daß der Priester Herr Kantak „Auge um Auge“, den wirklich rein christlichen Spruch, immer wieder anführt. Daß er aber doch der Gerechtigkeit die Hauptbeteiligung zuspricht, ist ein Zeichen, das man begrüßen muß.

Aber die Behauptung, daß in Deutschland mehr Polen als Deutsche in Polen leben, wollen wir hier nicht rechten; wir haben darüber eine andere Meinung. Aber wir wollen anführen, wie merkwürdig Herr Kantak heute spricht. Man hat zunächst die Deutschen in Polen auf die „Hälfte ihrer früheren Zahl“ durch verschiedene Maßnahmen herabgemindert, — und während Deutschland nichts dergleichen unternahm, verlangt man „Gleiches für Gleiches“. Aber auch darüber wollen wir uns nicht näher verbreiten, darüber machen wir uns unsere eigenen Gedanken.

Die rein praktischen Vorschläge, die der Priester Dr. Kantak macht, sind jedoch ein Zeichen, daß er immerhin ein Mann ist, der sich mit dem Problem beschäftigt und nicht eine gebankelte Gewaltpolitik treibt, sondern der so viel Anteilnahme zeigt, dieses Problem lösen zu wollen. Was er Gutes in dem Artikel sagt, kann von uns ohne weiteres unterschrieben werden. Wir sind durchaus der Ansicht: „Ja, geht uns auf dieser Grundlage, wie Herr Kantak vorschlägt, das, was die Polen in Deutschland bekommen! Wir wünschen das, es wäre uns dann wohlher ums Herz; denn daß es den Polen in Deutschland sehr wohl ist, beweist doch, daß sie sich nur sehr ungern zur Abwanderung entschließen, weil sie dort frei sind und nicht angefeindet werden, obwohl dort kein Minderheitenvertrag sie schützt.“

„Man kann im gegenseitigen Liberalismus nicht weit genug gehen“ — da hat Dr. Kantak wohl Recht, und: „auch die Minderheiten müssen sich fühlen wie in eigenen Lande“ — das ist ein Grundsatz, der Geltung haben kann.

Auch die letzten Vorschläge, die Herr Dr. Kantak als eine „glückliche Tatsache begrüßen“ würde, läme uns zugeue, — und wir glauben bestimmt, daß auf diesem Wege sich vielerlei Konflikte erledigen lassen würden, daß sich auf diesem Wege Konflikte gar nicht ereignen hätten, wenn man so viel Vernunft bei uns in Polen jemals gezeigt hätte. Früher forderien wir das, da gab uns keine Stimme aus polnischem Munde recht! Heute fordert man das sogar in Polen — im „Dziennik Poznański“ —, und damit stellt man fest, daß doch vieles hier geschehen ist, was nicht hätte geschehen sollen und was man jetzt besser machen will. Hoffen wir, daß diese Bestrebungen nicht nur wieder eine idyllische Handbewegung ist, der jede reale Tat mangelt.

Vorläufig sind wir über Worte nicht hinausgekommen. „Sagen Sie den Herren, daß wir von Verprechungen nicht leben können, daß wir Realitäten verlangen!“ — so sagte Herr v. Traupachowski, der polnische Abgeordnete, im preussischen Landtag am 19. Januar 1917. Auch wir können diesen Satz hier nur wiederholen. Er sagt auch das, was wir denken und wissen.

Von der Pressetribüne.

Die russische Gefahr.

Der in Warschau weilende Rektor der rumänischen Akademie der Wissenschaften, Professor Nikolai Jorga, veröffentlichte in der „Rzeeczpospolita“ einen Artikel „Das polnisch-rumänische Bündnis.“ Er sagt in diesem Artikel:

„Frankreich sei, was er schon immer betont habe, das einzige Land, das ein dauerndes Interesse an der Wahrung der Verträge und an der Aufrechterhaltung der durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse habe. Rumänien wird sich niemals in seiner Politik von Frankreich entfernen, selbst wenn Frankreich uns bernaachlässigen würde.“

Es heißt dann weiter: „Der Gebietsumfang, der durch Rumänien gewonnen wurde, sowie seine Unabhängigkeit und sein Dasein sind von zwei Seiten bedroht, von seiten Ungarns, das an der Gewinnung der früheren Grenzen denkt, sowie von seiten Russlands, dessen Bestrebungen unter der früheren Abenteuerregierung wie unter den Tyrannen der früheren Jahre in derselben asiatisch-despotischen Weise eroberrungsflüchtig sind.“

„Man hat unser Bündnis mit der Tschechoslowakei und Südbanien geschaffen. Es hat keine Wurzel in der Vergangenheit, was man trotz aller guter Wünsche behaupten muß, es hat auch keine ernste Unterlage in der öffentlichen Meinung, die man in dieser Richtung zu bearbeiten sich bemüht, wobei man mißunter auf Gleichgültigkeit und mitunter auf gefährliche Vorurteile stößt. Dennoch ist dieses Bündnis eine Notwendigkeit, und es könnte sich daraus etwas mehr als nur eine Notwendigkeit entwickeln, wenn es das vertreten wollte, was früher in der habsburgischen Monarchie und in den benachbarten verbündeten Staaten gut war. Man kann nicht sagen, daß dieses Bündnis jetzt nicht eine gewisse Krise durchmacht, obwohl jedes Sichergehen einer ungarischen Gefahr alle gegen die Herausforderung geradezu zusammenfallen muß.“

„Wer weiß, so schreibt Professor Jorga, ob man nicht mit dem Ungarn eines Oskar Jassi rechnen muß, das sich dem Ungarn Schritt entgegenstellt. Ich erwarte das nicht zu meiner Lebzeit, aber wer kann heute über die nächste Zukunft ein genaues Urteil fällen?“

In den letzten Sätzen wird treffend der russische Expansionsdrang gezeichnet, der auch von Dostojewski prophezeit worden ist:

„Nichts jedoch vermag Rußland umzustimmen. Nichts, außer vielleicht die Schichten des Volkes, das zweifellos friedlich gestimmt ist. Unter der Herrschaft des roten Zaren, ebenso wie unter der Regierung des weißen Zaren kann es niemals die Demütigung ertragen, daß Gebiete von ihm losgetrennt wurden, die der russische Staat einmal im Besitz gehabt hat. Auf das Innere seiner Steppen zurückgetrieben, träumt es jetzt von Zugängen zu den Meeren und von Expansion. Es verlangt die baltischen Häfen und die Häfen des unteren Donau. Wer sich dem entgegenstellt, muß zertritten werden. Das ist keine Fiktion, sondern das Denken des ganzen Volkes. Das Bündnis mit Polen tritt dieser Gefahr entgegen, und wir verteidigen dadurch nicht nur uns allein, sondern eine gewisse Idee, deren Träger zwar nicht Rußland, wohl aber Mittel- und Westeuropa sind. Die kleine Entente ist ein Schirm für die, die ihr angehören. Wer das polnisch-rumänische Bündnis ist ein Schutz für alles, was sich hinter dieses stellt, es ist einer der großen Faktoren der Zivildisation unserer Tage.“

In Sachen des wirtschaftlichen Anschlages auf Polen.

Im „Kurjer Poznański“ lesen wir: „Die schon durchgeführte Sanierung des Staatsbankrotts geht unseren staatsfeindlichen Elementen sehr wider den Strich, also hat man einen thematischen Überfall in Richtung der Umgestaltung der Grundlagen der Stabilisierung unserer Valuta geplant.“

Beweis dafür, daß unsere nationalen Minderheiten in geschlossener Front gegen den Staat stehen, ist zuerst die Vorklitterung schon der Anfangs unserer Sanierung bei der Zeichnung der Aktien auf die polnische Bank. Als die Zeichnung trotz des Wohlwills treffliche Ergebnisse erzielte, erneuerte man den Angriff gegen die Stabilisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse Polens von anderer Seite, nämlich von Berlin (1) her, welches die Tätigkeit unserer nationalen Minderheiten lenkt. Man beschloß, schwerere Geschütze gegen den bei uns nicht erwarteten nationalen Widerstand aufzuführen, und trug der deutschen obersteinstischen Großindustrie auf, den wirtschaftlichen Kampf in großem Maßstabe zu beginnen, und zwar durch die Schließung einiger der bedeutendsten Güten der Deutschen in Oberschlesien. Die Behauptung der Vorstände dieser Güten, die Arbeit des polnischen Arbeiters sei wenig ergiebig, und die Herstellungsloskosten seien zu hoch, daher müßten die Güten mit Unterbilanz arbeiten, und vor der Notwendigkeit des Schließens könne sie nur billiger Regierungskredit behalten, war nur das Streben, Anarchie und Verwirrung in unser wirtschaftliches Leben hineinzutragen. Den polnischen Arbeiter aufs Pfahler zu werfen, sollte eine Probe darauf sein, ihn dem Kommunismus in die Arme zu treiben, damit später die Brüder gegen einander auftreten und am eigenen Vaterlande das Vernichtungswort vollführen.

Diese Rechnung Berlins hat aber grausam getrogen, denn der polnische Arbeiter hat ein hohes Nationalgefühl und läßt sich nicht so leicht auf den Leim einer Politik locken, die Polen wirtschaftlich unterjochen will. Früher bemühten sich die deutschen Kohlenbarone um den polnischen Arbeiter, denn seine Arbeit war sehr ergiebig; heut soll sie wenig wert sein. Es wäre diesen Herren viel angenehmer, an Stelle unserer polnischen Arbeiter Scharen von Orgehsleuten und Sabenträgern zu beschäftigen, die würden auch gleichzeitig vortreffliche Vorposten Berlins sein. Den Unterhalt derselben würde mittelbar die polnische Regierung übernehmen, indem sie billige Kredite gewährt unter Schädigung des polnischen Handels und Gewerbes. So könnte man bei einem Feuer zwei Vögel in einem Schilde fassen. Nicht die angeblich wenig ergiebig Arbeit des polnischen Arbeiters verteuert die Herstellung der deutschen Großindustrie, sondern die zielbewußte destruktive Politik der uns feindlichen deutschen Finanzpotentaten, die absichtlich in ihren Unternehmen Raubbau treiben: sie geben nichts im Innern auf technische Verbesserungen aus, sie investieren nichts, sondern legen ihre Verdienste und freien Kapitalien im Auslande an. Solch eine Wirtschaft muß auch das beste Unternehmen untergraben und einen Fall der Produktion in Folge Mangels rationaler Arbeit herbortreiben. Weiter wird, wie schon häufig in der polnischen Presse besprochen worden ist, eine übermäßige Zahl von deutschen Beamten ange stellt, deutscher Reserveoffiziere, damit es nicht an entsprechend geschulten Leitern der Unternehmungaktion des kämpfenden Deutschlandes fehle.

Alle diese Extravaganzen der deutschen Kohlenkrösse schließen natürlich eine Rentabilität ihrer Unternehmen aus, und die polnische Regierung soll hier zu ihre Aufrechterhaltung entsprechende Fonds in Form billiger, ausbezüglicher Kredite gewähren. Andernfalls wird der polnische Arbeiter aufs Pfahler geworfen, und leider wird dieser Terror wirklich mit Erfolg angewandt und beraubt ganze Armeen unserer armen polnischen Arbeiter des Brotes. Die polnische Regierung sieht dies Glend, muß leider die Situation retten und darin einwilligen, der schlesischen Kohlenindustrie entsprechende Kredite zu gewähren. Jedoch hat unsere Regierung eine mächtige Waffe in Händen, und wir rufen sie inständig dazu auf, sie mit Erfolg zu gebrauchen: Will die hiesige deutsche Großindustrie Regierungskredite, so möge diese sie nur unter der Be-

bindung gewahren, daß jene sich einer entsprechenden Kontrolle unterwerfe, daß das von der ganzen Nation zusammengebrachte Geld nicht etwa dazu diene, daß Berlin unter Vermittlung der deutschen Industriemagnaten gegen die Grundlage unseres nationalen Bestehens arbeite. Die Kontrolle über die Verwendung dieser Kredite, daß sie nicht etwa wieder unsern feindlichen Zielen dienen oder im Ausland verschwinden, muß eine doppelte sein: erstens durch entsprechende Regierungskommissionen, die den einzelnen Sütten beigegeben werden, zweitens dadurch, daß die einzelnen Sütten den Kredit nicht unmittelbar erhalten, sondern durch Vermittlung unserer bedeutenden polnischen Banken, damit diese eine aufmerksame Aufsicht über die Art der Verwendung dieser Fonds ausüben können.

Wie überaus destruktiv die Methode der deutschen oberösterreichischen Industriepotenten wirkt, dafür können folgende Beobachtungen dienen: Diese Sütten regeln die bei deutschen Kaufleuten gemachten Bestellungen vorwiegend bar, den polnischen Kaufleuten aber wird die Barzahlung abgelehnt und ihnen wegen angeblichen Bargeldmangels ein Wechsel ausgestellt, bisweilen sogar mit längerer Zahlungsfrist, und diesen kann man in den polnischen Banken wegen Mangels an Fonds nur schwer disponieren. Natürlich kann die Unmöglichkeit, Bargeld für die Lieferung zu erhalten, die Existenz des betreffenden polnischen Kaufmanns oder Gewerbetreibenden schwer erschüttern; aber das war ja gerade der Zweck des perfiden deutschen Berliner Dienstleistungsnetzes in Gestalt des Direktors oder etwas Ähnlichem einer deutschen Sütte.

Solcher Vorfälle gibt es eine ganze Reihe. Deswegen laufen wir die Regierung dringend dazu auf, sie möge nicht zulassen, daß der maskierte Feind unsere schwer erkaufte Staatschausanierung durch Einführung des Chaos in unser Wirtschaftsleben zunichte machen kann.

Wir wissen, daß der „Kurjer Poczanski“ sehr naiv ist und mit den naivsten Mitteln seine Leserfähr bedenten zu können glaubt. Dieser hier vorliegende Artikel ist aber so naiv, daß er eigentlich nicht mehr überboten werden kann.

Wir wollen nicht viel dazu sagen, sondern nur durch Zusammenfassung feststellen:

Die oberösterreichische polnische Industrie, die aus Geschäftslenten besteht, die selbst zur Sanierung der polnischen Staatsfinanzen sehr viel beigetragen hat, ruiniert ihre eigenen großen Musterbetriebe, nur weil Berlin „befiehlt“. Und diese Betriebe werden auch noch so ruiniert, ohne daß Berlin scheinbar eine Entschädigung dafür bezahlt. Denn Geld ist ja nicht da!

Glaubt denn der Kurjer Poczanski, — daß irgend jemand so etwas glaubt? Wir sind davon überzeugt, daß in erster Linie — bei wirklichen Wirtschaftswirten wenigstens — reale Möglichkeiten bedacht werden. Diese realen Möglichkeiten gipfeln in Arbeit, Absatz, Verdienst... Und das sollten die „Rohbarone“ einfach übersehen und nur, weil Berlin so hübsche Augen hat, einfach die Industrie ruinieren, sich also selbst das Grab schaufeln, nur um die Sanierung „in Gefahr zu bringen“?

Wir haben den Gipfel der Weisheit und Erkenntnis erreicht. Nun kann es uns wirklich nicht mehr zur Vollenbung fehlen. Daß der „Kurjer Poczanski“ aus polnischem Nationalgefühl heraus seinen Betrieb ruinieren würde, systematisch veranlassen würde, wenn er damit die deutsche Sanierung nicht in Gefahr bringen könnte, daran zweifeln wir nach diesem Aufsatz nicht mehr. Aber ein Mensch mit gesundem Menschenverstand wird sich ausichtslos begnügen mit der Arbeit, Absatz, Verdienst. Doch was heißt Erwägung und gar nicht in Erwägung ziehen! Hier soll die Schuld auf andere geschoben werden, die eigenen Fehler sollen verdrängt werden, sollen in einem Nebel von Weisheit untergehen, während wieder die Deutschen erhalten müssen.

Was ist es ein altes, ein bekanntes Lied, doch bleibt es ewig jung und schön: Es kann der Beste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt. Und das Posener Blatt, das braucht immer Sündenböcke, die erhalten müssen, dem geduldrigen Publikum die Unwahrheit zu betraffigen.

Republik Polen.

Witos spricht in Teschen.

Auf einer Versammlung in Teschen erklärte der frühere Ministerpräsident Witos, daß seine Partei für die Stärkung der Gewalt des Staatspräsidenten sei. Bei der Besprechung der Sejmverhältnisse betonte er die zu große Zahl der Abgeordneten, von denen ein großer Teil überhaupt nicht zu den Sitzungen komme. In der Frage der Abgeordnetenämter bemerkte er, daß sie nicht monatlich gezahlt werden sollten, sondern für jede Sitzung. Was den Senat betrifft, so müßten, wenn es sich erweise, daß er notwendig sei, seine Kompetenzen verstärkt werden, wenn nicht, dann solle man ihn auflösen.

Besuch des Fürsten von Pleß.

In der vergangene Woche traf in Warschau der Fürst von Pleß mit seinem Sohne ein und wurde vom Staatspräsidenten und dann von der Regierung empfangen.

Die französischen Bischöfe.

Am Montag 2 Uhr nachmittags reisten die französischen Bischöfe, die auf der Reise durch Polen begriffen sind, nach Gosenstochau ab.

Eine Million Dollar.

Das Finanzministerium wird am 1. Juli Baldwin eine Million Dollar als erste Rate für gelieferte Lokomotiven zahlen.

Deutschland und der Völkerbund.

Lord Cecil's und Lord Parmoors Meinung.

Bereits gestern haben wir in einer Meldung, die durch die polnische Presse ging, mitgeteilt, daß auch jetzt wiederum die Frage aufsteht, Deutschland zum Eintritt in den Völkerbund aufzufordern. Es wird Deutschland immer der Vorwurf gemacht, daß es sich weigere, in den Völkerbund einzutreten. Daß diese Behauptung nicht ohne weiteres haltbar ist, beweist schon die Tatsache, daß Frankreich immer gegen eine Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund eine Ausnahme Deutschlands immer wieder zu bestehen gegeben war. Es ist auch Deutschland immer wieder zu verstehen gegeben worden, daß es gut sei, vorerst noch die Entwicklung abzuwarten. Es ist also nicht ganz richtig, wenn Deutschlands Fernwarten mit der deutschen Abneigung gegen den Völkerbund begründet wird.

Aber die Unterredungen, die mit Lord Robert Cecil und Lord Parmoor stattfanden, schreibt das „Berliner Tageblatt“ wie folgt:

„Im Jahre 1921 war wohl Gelegenheit für Deutschland, in den Völkerbund einzutreten. Leider ist es damals nicht dazu gekommen, da in Deutschland eine starke Strömung vorhanden war, die dem Eintritt widerstrebt. Beide Hände waren, die dem Eintritt widerstrebt. Beide Hände waren, die dem Eintritt widerstrebt.“

Auf die Frage, ob Deutschland damals denn nicht in den Völkerbund eingetreten wäre, wenn man ihm die Sicherheit gegeben hätte, daß es einen Sitz im Völkerbundsrate erhalten hätte, betonte Lord Roberts, „es sei damals den maßgebenden Stellen mitgeteilt worden, daß die deutsche Republik selbstverständlich einen Platz im Völkerbundsrate erhalten würde. Es sei Deutschland aber damals Ausflüchte gemacht worden, daß es gefordert werden, daß Deutschland zuerst seine Kolonien zurückbekommen müsse. Infolgedessen entstand der Eindruck, daß Deutschland nicht eintreten wollte und nach Gründen suchte, um dem Völkerbund fernzubleiben zu können.“

So war es nach der Behauptung Lord Roberts im Jahre 1921. Gewiß habe es, sagte der Lord weiter, auch damals in Deutsch-

land aufrichtige Freunde des Völkerbundes gegeben, aber er habe nun einmal den Eindruck bekommen, daß einflußreiche Kreise des deutschen Volkes damals gehofft hätten, ihr Ziel außerhalb des Bundes schneller und leichter erreichen zu können. Es sei auch jetzt noch immer fraglich, ob in Deutschland eine bessere Stimmung für den Eintritt in den Völkerbund vorhanden sei, und er wolle in bezug auf diese Frage sich nunmehr unbedingte Zurückhaltung auferlegen.

Lord Roberts wurde dann gefragt, ob nicht aus dem Grunde gewisse deutsche Kreise dem Völkerbund fernbleiben wollten, weil nach deren Ansicht der Bund ein Instrument der Sieger des Weltkrieges sei und nach § 10 der Satzung des Völkerbundes die Bundesmitglieder einander die bestehende, das heißt durch den Versailler Vertrag festgelegte politische Ordnung verbürgen, während doch dieser Vertrag von Deutschland als schweres Unrecht empfunden werde. Darauf erwiderte der Staatsmann, daß nun einmal Deutschland den Vertrag angenommen habe. Aber abgesehen von diesem formalen Grunde sei darauf hinzuweisen, daß sowohl der Versailler Vertrag wie jeder andere auf friedlichem Wege unter dem Regime des Völkerbundes geändert werden könne. Dafür gerade bestünde die Bestimmung des § 19 der Bundesverfassung, der besagt, daß die allgemeine Völkerbundsversammlung von Zeit zu Zeit den Mitgliedern des Bundes raten könne, Verträge, die sich als unausführbar erwiesen hätten, zu revidieren und internationale Situationen, deren weitere Dauer für den Frieden gefährlich werden könnte, in Betracht zu ziehen. Er persönlich gehöre, wie man wisse, keineswegs zu den Bewunderern des Versailler Vertrages und halte die Revision mancher seiner Bestimmungen für wünschenswert. Davon könne man überzeugt sein. Und diese Meinung teile er mit vielen führenden Persönlichkeiten in allen Ländern.“

„Deutschlands Eintritt sehr wichtig!“

Lord Parmoor, der greise Vertreter Englands, eine der würdevollsten Erscheinungen des Völkerbundes, ist der deutschen Minderheit in Polen aus all den Fragen bereits bekannt, die vor dem Völkerbundsrat zur Beratung gestanden haben. Lord Parmoor ist heute 72 Jahre alt, und eine religiöse Begeisterung für den Frieden in Europa gibt ihm in seinem hohen Alter die Kraft und die Energie, im Rate mit Eifer und großer Anteilnahme tätig zu sein. Lord Parmoor gehört zu den Männern in England, die den festen Glauben haben, daß ein Völkerbund, der alle Nationen umfaßt, das Ideal sei. Lord Parmoor ist vom Kabinett Mac Donald zu diesem hohen Posten berufen worden. Der Vertreter des „Berliner Tageblatt“ hatte auch mit Lord Parmoor eine Unterredung, und dieser Unterredung entnehmen wir:

„Am die Antwort auf die Frage des Beitritts Deutschlands zu finden, muß man sich vor allem den wirklichen Zweck und die Aufgaben des Völkerbundes vor Augen halten. Es ist ja nicht nur das Ziel des Bundes, Kriege zu verhindern und zu diesem Zweck allen Ländern das gleiche Maß von Sicherheit zu gewähren, sondern er erblickt auch eine seiner wichtigsten Aufgaben darin, die Zusammenarbeit zwischen allen europäischen Ländern in täglich wichtiger werdenden internationalen Fragen herbeizuführen, ein Versehen, das notwendigerweise die Zukunft der Deutschen Republik auf das engste berührt. Die Gefahr in Europa besteht ja nicht nur in der Möglichkeit eines Angriffs auf irgend einen bestimmten Staat, sondern es handelt sich um eine Gefahr für die europäische Zivilisation als Ganzes. Wenn ich den Zweck und die Tätigkeit des Völkerbundes richtig umfassen habe, so kann seine Struktur nicht vollkommen sein, so lange ihm nicht die Deutsche Republik als Mitglied angehört. Deshalb ist es vom Standpunkt des Völkerbundes aus sehr wichtig, daß die Deutsche Republik Mitglied des Bundes wird, und ich glaube, daß dies den jetzigen Mitgliedern willkommen sein würde, die nämlich den Wunsch hegen, daß der Völkerbund gut ausgestattet werde, so daß er imstande ist, seine Aufgaben und Pflichten auch im vollsten Umfange zu erfüllen. Ich würde, so fuhr Lord Parmoor fort, „zu denselben Schlüssen gelangen, wenn ich das Interesse der Deutschen Republik ins Auge fasse. Der Völkerbund muß nunmehr als eine dauernde Institution betrachtet werden. Deshalb kann es sich kein Land leisten, dauernd abseits zu stehen. Es liegt in einer ganz besonderen Weise im Interesse Deutschlands, einzutreten, damit es mit vollem Nutzen davon, an der Lösung aller schwebenden Fragen mitwirkt. Viele von diesen Fragen berühren unmittelbar seine Lebensinteressen. Sobald Deutschland Mitglied des Völkerbundes würde, würde es ein Mitglied in der europäischen Völkerfamilie werden, und die letzten Überbleibsel des Krieges würden zu schwinden beginnen. Deshalb müßte Deutschland den Platz einnehmen, zu dem es als eine der großen Nationalitäten Europas und der Welt berechtigt ist. Ich möchte die Berechtigung der Zugehörigkeit Deutschlands zum Völkerbund durch ein Beispiel erläutern: Die Abrüstungsfrage berührt die deutschen Interessen unmittelbar. Deutschland ist gemäß dem Verträge von Versailles entwaffnet. Der Vertrag enthält Bestimmungen über die allgemeine Abrüstung unter der Leitung des Völkerbundes. Es ist kaum möglich, daß eine solche Frage vom Völkerbund ohne Deutschland befriedigend gelöst werden kann. Auf der anderen Seite hat Deutschland ein Recht, gehört zu werden über eine der Hauptfragen, die unmittelbar seine Lebensinteressen betreffen.“ Lord Parmoor schloß seine Darlegungen mit den Worten: „Ich hoffe, es ist nicht zu viel gesagt, wenn ich der Erwartung Ausdruck gebe, daß in naher Zukunft alle Schwierigkeiten hinsichtlich des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund gelöst werden können.“

Die Pariser Wahlen.

Herriot — Ministerpräsident.

Am 13. Juni, nachmittags 2 Uhr 5 Min., begann die Sitzung der Nationalversammlung, deren Ende allgemein mit großer Spannung erwartet wurde. Bereits um 1/2 Uhr war der Sieg Doumergues mit 515 Stimmen gegen 309 Stimmen Painlevés und 21 Stimmen des Kommunisten Camelinats entschieden. Die Mitglieder der Mittelparteien stimmten begeistert die Marçellaise an, während der Kommunisten und Sozialisten die Internationale sangen. Doumergue hielt, nachdem er Begrüßungswünschen und militärische Ehrenbezeugungen erhalten hatte, folgende erste Präsidentenrede:

„Meine Herren Präsidenten! Ich bin tief gerührt von der Ehre, die die Nationalversammlung mir durch Übertragung der Präsidentenschaft der Republik erweist, tief gerührt auch von den Worten, die Sie an mich gerichtet haben. Mein alter Freund Biennu Martin hat an die Lippen meiner schon alten politischen Laufbahn erinnert. Wie ich 30 Jahre meines politischen Lebens getreulich meinen unumwandelbaren Ideen, meiner Liebe zu Frankreich, meiner republikanischen und demokratischen Gesinnung mich gewidmet habe, werde ich auch im Dienste der Republik und der Demokratie diese Gesinnung betätigen in dem hohen Amte, zu dem ich berufen worden bin. Ich hoffe, das Vertrauen nicht zu enttäuschen, das die Nationalversammlung in mich gesetzt hat. Um dieses Vertrauen zu rechtfertigen, können Sie sicher sein, daß niemand getreuer als ich die Verfassung respektieren wird. (Lebhaft Beifall.) Niemand entschiedener als ich über den Parteien stehen wird, damit ich zwischen Ihnen der unparteiische Schlichter sein kann, und daß niemand mehr als ich sich von dem Willen des Parlaments, dem Ausdruck der Volkssouveränität, leiten lassen werde.“

Die Rede klang dann in dem Willen zur Aufwärtsentwicklung aus. Inzwischen hat sich auch die Kabinettsbildung entschieden. Es war ja von vornherein nicht zweifelhaft, daß das Kabinett Marçal keine Lebensfähigkeit besaß. Marçal überreichte denn auch tatsächlich, den letzten Meldungen zufolge, dem neu-

gewählten Präsidenten seine Demission. Doumergue nahm die Demission an und beauftragte Herriot mit der Schaffung eines neuen Kabinetts. Die Regierung Herriot wird, Pariser Zeitungen zufolge, wahrscheinlich folgende Zusammenfassung haben:

Präsidentium und Außenres: Abg. Herriot; Justiz: Senator Peytral; Inneres: Abg. Chautemps; Finanzen: Senator Clementel; Unterricht: Abg. Daladier; Krieg: General Rollet oder René Renault; Handel: der Abg. von Le Sabre Léon Meyer; Öffentliche Arbeiten: Senator Léon Perrier oder Abg. Justin Godard; Marine: entweder Senator de Kerqueze oder Abg. Milhaud; Kolonien: Senator Schranck; Landwirtschaft: Abg. Duenille; Unterstaatssekretär für die Post: Abg. Pierre Robert.

Paris steht ganz unter dem Eindruck der Wahlen; sind doch die Probleme der letzten Zeit durchaus nicht gänzlich durch das Ergebnis der Wahlen gelöst. Wie wird Doumergue mit Herriot zusammenarbeiten? Der neue Präsident sympathisiert durchaus mit dem Programm der kürzlich gestürzten Männer. Herriot dagegen ist durch die Wahlen vom 11. Mai stark an die Sozialisten und anderen Linksgruppen gebunden. Man kann aber wohl schon sagen, daß die französische Außenpolitik durchaus nicht die Schwenkung erfahren wird, die man teils erhoffte und teils — so sicher befürchtete.

Herriots Regierungsprogramm.

Am 15. Juni übergab der bisherige Ministerpräsident Marçal im Quai d'Orléans, Herriot die Geschäftsführung. Auch alle anderen Minister haben ihr Amt inzwischen angetreten. Meldungen zufolge wird die Regierungserklärung Herriots sich zunächst gegen die Ermächtigungsgesetze richten und eine großzügige Amnestie und die Wiederaufnahme der Beziehungen mit Rußland voraussagen. Auch eine Einschränkung der Militärdienstzeit will Herriot versuchen. Was seine Außenpolitik, besonders sein Verhalten Deutschland gegenüber anlangt, so wird sich Herriot wahrscheinlich an die bisher abgegebenen Erklärungen halten. Diese Erklärungen sind aber mit Vorbehalt und skeptisch zu bewerten, hat doch Herriot einem französischen Journalisten gegenüber sich folgendermaßen geäußert:

„Es steht fest, daß in Deutschland anormale Dinge vor sich gehen. Deutschland scheint sich in aller Stille auf einen neuen Krieg (1) vorzubereiten. Seine gegenwärtige Haltung kann uns nicht gleichgültig lassen. Die französische Regierung möchte sich der deutschen gegenüber liberal zeigen, aber sie wird diese Politik nur unter der Bedingung verfolgen, daß sich die deutsche Demokratie ihrerseits weniger stark nationalisiert zeigt.“

Die Furcht vor dem wirtschaftlich zerrütteten und politisch geknebelten Deutschland ist mitunter tatsächlich lächerlich. Es ist rasam, in Herriot nicht den weißen Raben zu sehen, als den ihn viele seiner Äußerungen und Betrachtungen der europäischen Presse erscheinen ließen. Das ceterum censeo sibt der französischen Politik schon so tief in Mark und Bein, daß es geradezu ein Wunder wäre, wenn Herriot sich dieser Strömung ernstlich widersetze. Und Doumergue — sympathisiert mit dem nationalen Block.

Letzte Meldungen.

Vom Völkerbundsrat.

Auf der Montagssitzung des Völkerbundsrates sprach der brasilianische Delegierte über die Frage der deutschen Ansiedler in Polen sowie über die Staatsangehörigkeitsfrage im Zusammenhang mit dem Ergebnis der Wiener Verhandlungen. Man interessierte sich angesichts der durch Polen im März gemachten feierlichen Versprechungen äußerst lebhaft für den Bruch dieser Versprechungen durch das Liquidationsamt. Genauer Ergebnisse wurden bisher nicht gemeldet. Es wurde gleichfalls die Frage der litauischen Schule im Wilna-Gebiet, zu der der polnische Delegierte das Wort ergriff, erliebt.

Zum Programm Herriots.

Die Polnische Telegraphen-Agentur meldet aus Berlin: Die Erklärung Herriots in der Sonntagsnummer des „Matin“ hat unter den deutschen Nationalisten einen großen Sturm der Entrüstung hervorgerufen, besonders der Satz des französischen Premier, daß die französische Regierung angesichts der illegalen militärischen Reserven Deutschlands (1), sowie angesichts des Nationalismus und der Reaktion in Deutschland gegen die deutschen nationalistischen Kreise mit unverzüglicher Strenge vorgehen werde.

Die Montagausgabe des „Lokal-Anzeigers“, „Der Morgen“, bringt obige Depesche aus Paris unter der großen Überschrift: „Herriot auf den Spuren Poincarés“, „Die Bedrückung Deutschlands weiter das Ziel Frankreichs“. Die „Welt am Montag“ fügt zu der Erklärung Herriots folgenden Kommentar hinzu:

Aus dieser ersten Erklärung geht hervor, daß die Frage der Militärkontrolle bei der Gestaltung der künftigen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich entscheidende Bedeutung haben wird. General Nollet ist über die militärischen Fragen Deutschlands genau orientiert. Er ist aufrichtiger Republikaner und hat sich bei der Ausfüllung seines Amtes in Berlin mit Lakt und Einsicht verhalten. Wenn Deutschland auf die von Herriot und Mac Donald gestellte These nicht eingeht, dann kann das begonnene Werk der Versöhnung als begraben angesehen werden.

Die „Kreuzzeitung“ betont, daß Poincaré, wenn er am Rube geblieben wäre, in der Furcht, Verbündete zu verlieren, nicht so weit gegangen wäre. Herriot, der mehr Freunde hat als Poincaré, kann, was die Außenpolitik betrifft, bedeutend weiter gehen.

Englands Meinung.

Eine Londoner Meldung der Polnischen Telegraphen-Agentur lautet: Die Ernennung des Generals Nollet zum Kriegsminister ist in England sehr freundlich aufgenommen worden. Die „Daily Mail“ stellt fest, daß die Ernennung ein Beweis dafür sei, daß der neue Premier Bernunft mit Entschiedenheit verbinden wolle. Nach dem „Daily Telegraph“ bildet die Ernennung die Garantie dafür, daß das Kabinett Herriot in allgemein-europäischen Angelegenheiten tiefen und weiten Blick haben und seine Politik auf das Bestreben stützen werde, Sicherheit zu erlangen und die Nationalverteidigung (1) zu heben.

Das neue litauische Kabinett.

Bis Montag mittag war die Zusammenfassung des neuen litauischen Kabinetts, das sich auf die Christliche Demokratie stützen soll, die über eine Mehrheit von 2 Stimmen im Sejm verfügt, nicht bekannt. Dem neuen Kabinett wird keine lange Dauer vorhergesagt.

Troßki widerruft.

Die russische Telegraphen-Agentur veröffentlicht eine Erklärung Troßkis, wonach er niemals von einer Annexion Besarabiens in einer Weise gesprochen hat, wie die Presse es in der letzten Zeit darstellte. Man hofft, daß durch diese kategorische Verurteilung Troßkis, Rumänien von der Angst befreit wird, die in den rumänischen Käufern in letzter Zeit in so markanter Weise zutage trat.

Anf Grundlage eines wirklichen Geschehens wird i. Kino Apollo das Drama u. d. T.

„Königin Caroline von England“ vorgestellt.

Unserer Ilse hat sich
ein Brüderchen
zugesellt.
Białokosz, Kr. Międzychód, 14. 6. 1924.
Administrator **Ewald Kaufmann u. Frau**
Margarethe, geb. Löffler.

Als Verlobte empfehlen sich:
Anni Stefener
Karl Wojahn
15. 6. 1924.
Ludomy. Legomo.

Original Deering
Getreidemäher
(amerikanisches Fabrikat)
Torpedo
Pferderechen
offert ab Lager Poznań solange
Vorrat reicht.
Woldemar Günter
Landwirtsch. Maschinen u. Bedarfsartikel
Fette u. Oele.
Poznań, Sew. Mielżyńskiego 6. Tel. 52-25.

Um wegen der in der letzten Monatswoche stattfindenden
Inventuraufnahme unser Lager zu räumen, veranstalten wir
in der Zeit (7850)
vom 16. bis 26. Juni 1924 einen
Inventur-Ausverkauf.
Wir gewähren auf alle Waren einen **Inventur-Rabatt**
von 5 Prozent, der sofort in Abzug gebracht wird.
In der Zeit vom 27. Juni bis 1. Juli d. Js. einschließ-
lich bleiben unsere Verkaufsräume
wegen Inventur geschlossen.
Landwirtschaftl. Hauptgesellschaft T.z.o.p.
Poznań, ul. Wajdzowa 3. **Zerfüllwaren-Abteilung.**

Des gesetzlichen Feiertags wegen erscheint
am Donnerstag, dem 19. d. Mts.
keine Zeitung!
Wir bitten, alle für diesen Tag bestimmten An-
zeigen uns bis spätestens Mittwoch vorm.
einzusenden.
Posener Tageblatt.

Waldfrüchte.
Für Beeren, Pilze und sonstige Naturprodukte
Abnehmer gesucht.
Offerten unter **2. 3231** an die Geschäftsstelle dieses Blattes
Verkauf ca. 20 Stück erstklassige
Zugochsen
10 Zentner und darüber schwer, teilweise schon gejocht.
M. Jahnz, Bukowiec
Post- und Bahnstation Ryczywół.

Ausschneiden! Ausschneiden!
Postbestellung.
An das Postamt in
Unterzeichneter bestellt hiermit
1 Posener Tageblatt (Posener Warte)
für den Monat Juli 1924
Name
Wohnort
Postanstalt
Straße

Lupinen-
Entbitterungs-Apparate
(Dampferzeuger)
liefert als Spezialität
Woldemar Günter
Landwirtschaftliche Maschinen und Bedarfsartikel
Fette u. Oele.
Poznań, Sew. Mielżyńskiego 6. Tel. 52-25.

Wichtig für die Besitzer von
„Stock-Motor-Pflügen“
Wir veranstalten am **Dienstag, dem 24. Juni d. Js.,**
vormittags 11 Uhr bei der Johannesmühle (Gemeinde
Komandorja, Kreis Posen-Ost)
ein Schaupflügen
mit dem für Petroleumbetrieb
einggerichteten
Stock-Motor-Pflug
und laden die Herren Besitzer dazu ergebenst ein.
Die Johannesmühle ist von der Endstation der Elektr.
Straßenbahn Linie 1 in ca. 20 Minuten zu Fuß zu erreichen.
Um für genügende Fahrgelegenheit Sorge tragen zu können,
bitten wir die Teilnehmer um **rechtzeitige vorherige An-**
meldung bei uns.
Die Einrichtung für den **billigeren Petroleumbetrieb**
wird von uns für jeden alten **Stock-Motor-Pflug** geliefert
und eingebaut.
Auch unterhalten wir ein ständiges Lager in **Orsakteilen**
für **Stock-Motor-Pflüge.**
Mit weiteren Auskünften stehen wir gern zu Diensten.
Landwirtschaftl. Hauptgesellschaft
Tow. z ogr. por.
Poznań — Maschinenabteilung.

Wohnungstausch
Poznań — Zoppot.
Meine in Zoppot in einer Villa nahe des Strandes gelegene
großherrschaftliche 5 Zimmer-Wohnung
mit Glasveranda tausche auf ähnliche in Poznań. Offerten
unter **Nr. 25,37** an „**Par**“ Poznań, Fr. Ratajezaka 8.

Hilfsverein deutscher Frauen.
Handarbeitsausstellung am 21., 22. und 23. Juni
im Saale des Evangelischen Vereinshauses.
Eröffnung Sonnabend vorm. 11 Uhr
Eintrittsgeld am Sonnabend, dem 21. **1 Zloty**, Sonntag
und Montag **1 Million** Mark. Die Ausstellung ist
von **11 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends** geöffnet.

Detectivbureau
„Greif“
Poznań, Fr. Ratajezaka 18
Ermittlungen, Beob-
achtungen, Auskünfte.

Spielplan des Großen Theaters.
Dienstag, den 17. 6., 7½: „**Madame Pompadour**“,
Operette von Leo Fall.
Mittwoch, den 18. 6., 7½ Uhr: „**Tannhäuser**“, Ro-
mantische Oper von Wagner. Gastspiel M.
Sowiski.
Donnerstag, den 19. 6., 7½: „**Madame Pompadour**“
Operette von Leo Fall.
Freitag, den 20. 6., 7½ Uhr: „**Tosca**“, Oper von
Puccini.
Sonnabend, den 21. 6., 7½ Uhr: „**Boccaccio**“, Kom.
Oper von Suppé.
Sonntag, den 22. 6., 7½ Uhr: „**Tannhäuser**“, Ro-
mantische Oper von Wagner. Gastspiel M.
Sowiski.
(Nach Beginn der Vorstellungen wird in den Zuschauerraum
niemand mehr hineingelassen.)

Restaurant zur Bauhütte,
Poznań, Sew. Mielżyńskiego 23.
Täglich Mittag- u. Abend-Konzert,
reichhaltige Mittag- u. Abendkarte,
— Gut gepflegte Biere. —

4—6000 Zloty
sucht Spezialfabrikation zwecks Erweiterung des Betriebes
gegen zeitgemäße Verzinsung bei besten Sicherheiten.
Gest. Angebote unter „**P. 1713**“ an **T. A. Kellama**
Polsta, Poznań, Aleje Marcinkowskiego 6.

Wegen Aufgabe meiner
Firma erkenne ich Forderungen
jeder Art nur noch bis zum
28. Juni 1924
an. Bis zu diesem Termin
bitte ich alle Interessenten sich
werktäglich in der Zeit zwi-
schen 11—3 Uhr zwecks Ab-
rechnung ins „**Hotel Mon-**
opol“, Zimmer 47, zu be-
mühen. (890)
Warrant Gronowski.

Posener Bachverein.
Mittwoch, den 18. Juni,
abends 7½ Uhr
in der Kreuzkirche:
Naturlieder-
Abend
Karten für 5, 3, 1 Million,
Zettel für ½ Million in d.
Gv. Vereinsbuchhandlung

Die billigen
Tage sind da!!!
Bitte beachten Sie
unsere Schaufenster.
Warszawska Drogerja
Poznań, ul. 27. Gru-
dnia II. Tel. 2074.

Gesellig. Verkehr
wünscht gebildete Dame, allein-
stehend, zwecks Ausflügen, Ge-
dankenaustausch mit vornehm.,
charaktervollem Herrn im Alter
bis 45 Jahren, eventl. spätere
Heirat nicht ausgeschlossen.
Gest. Offerten unter **W. 7072**
an die Geschäftsstelle d. Bl.

Apotheke Heirat.
Suche für meine Nichte,
ebgl. 24 J. alt, die Bekann-
schaft eines Herrn mit sicherer
Erfahrung, zwecks späterer
Aussteuer und Vermögen vor-
handen. Anfragen mit Bild,
welches retourniert wird, unt.
„**Zufriedenheit 7875**“ a.
d. Geschäftsstelle d. Bl. zu
richten.
Wünsche für meine
Schwester, deutschkath.,
vornehme Erscheinung,
tüchtig und häuslich, mit
schönem, gemütl. Heim
(4 Zimmer)
Heirat
m. gebildetem, gutsituiertem
Herrn, vornehm. Gesinnung.
Witwer nicht ausgeschlossen.
Strenge Diskretion.
Angebote möglichst mit Bild
unter **G. 7904** an die Ge-
schäftsstelle d. Bl.

zu pachten oder Ver-
waltung gesucht.
Gestl. Angebote an
„Par“, Poznań, ul.
27. Grudnia 18, un-
ter Nr. 59,226.

Heirat
m. gebildetem, gutsituiertem
Herrn, vornehm. Gesinnung.
Witwer nicht ausgeschlossen.
Strenge Diskretion.
Angebote möglichst mit Bild
unter **G. 7904** an die Ge-
schäftsstelle d. Bl.

Wirtschaftsbeamter
27 Jahre alt, auch des Polnischen mächtig, welcher schon selb-
ständig gewirtschaftet hat, sucht andern. Stellung, evtl. auch als
Rechnungsführer auf größerem Gute. Gestl. Angebote
unter **7764** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Neu! **Soeben erschienen!** **Neu!**
Sofort lieferbar!
Dr. Thieme und B. Schuster
Das polnische
Liquidationsverfahren
Ein Handbuch für die Praxis.
288 Seiten Großoktav-Format.
Brochüret 12 Zloty. — Gebunden 15 Zloty.
Nach auswärts unter Streifband und Nachnahme mit
Sinzurechnung der Spesen.
Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.
Abteilung: Verlagsbuchhandlung.
Zwierzyniecka 6. **Poznań** Zwierzyniecka 6.

Außenpolitische Rede Stresemanns in Karlsruhe.

Auf der süddeutschen Tagung der deutschen Volkspartei in Karlsruhe sprach der Reichsaussenminister Stresemann über die Stellung des Reichskabinetts zum Sachverständigenrat...

Bei der Lösung des Münchproblems und der Gutachtenfrage geht Stresemann in erster Linie von der Tatsache aus, daß 12 Millionen Deutsche unter der Fremdherrschaft leben...

Im Auslande sieht man andauernd gegen die nationalstischen Bestrebungen in Deutschland zu Felde, vergißt aber, daß das alles ein natürliches Ergebnis der französischen Gewaltmethoden bedeutet.

In kurzen Worten.

Zum sozialdemokratischen Parteitag in Berlin waren Vertreter Englands, Belgiens, Dänemarks, Schwedens, Hollands und der Tschechoslowakei und anderer Staaten erschienen...

Der englische Geschäftsträger Cumming soll von der mexikanischen Regierung ausgewiesen worden sein, da er sich in seinem ganzen Verhalten Mexiko feindlich eingestellt hatte.

Die Meldung, daß die Leiche des verschwundenen italienischen Abgeordneten Matteotti gefunden worden ist, hat sich als Fiktum herausgestellt.

Der Gesundheitszustand des Bundeskanzlers Seipel scheint sich dem letzten Bericht seines Arztes zufolge weiter zu bessern.

Landwirtschaftlicher Maschinenmarkt auf der Posener Messe.

Von Ing. agr. R. Karzel.

Obwohl die heutige Abteilung für landwirtschaftliche Maschinen auf der Posener Messe im Vergleich zu den früheren Jahren einen größeren Flächeninhalt einnahm und auch mehr landwirtschaftliche Maschinen als auf den früheren Messen dem Besucher vor Augen führte...

Ziel Propaganda für sich nicht nur am Ausstellungsplatze, sondern auch in den Straßen Posens machte der Schwermotor „Bulldog“ von Heinrich Lang-Mannheim.

Wesentlichen Fortschritt auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Antriebsmotoren vor. Er ist in 5 Minuten betriebsfähig, arbeitet mit sehr billigen Betriebsmitteln...

Auch der „Fordmotorpflug“, der äußerlich ziemlich unscheinbar wirkt, dafür aber um so mehr die Aufmerksamkeit der Welt in der letzten Zeit auf sich lenkte, war vertreten.

Auch die Dampfplugschleife ist bezeichnend für die Größe, der Betriebsweise und den wirtschaftlichen Verhältnissen nach Möglichkeit anzupassen.

Amerik. Copyright by Carl Duncker, Berlin W. 62. Das goldene Netz.

Man einigte sich schließlich nach vieler Mühe auf die Formel: Frau Budweis sollte aufgefördert werden, innerhalb 24 Stunden vor der gesamten Theaterleitung und allen an dem Vorfalle Beteiligten bei Marianne Dollf feierlichst Abbitte zu leisten...

Die Budweis war nicht zu Hause. Sie saß im Bühnensklub, da war es mollig warm, und sie ließ es sich bei gutem Kaffee und Kuchen wohl sein.

Die verschiedenartigen Bodenbearbeitungsgeräte waren vor allem durch die Firma Benzli aus Graubünden repräsentiert. Bei dieser Gelegenheit möchten wir die Landwirte auf zwei Bodenbearbeitungsgeräte, die zwar auf der Messe nicht vertreten waren...

Die Firma Mitsche stellte neben anderen Maschinen auch einen kettenlosen Aumständerstreuer aus. Die Eigenart dieser Maschine besteht in dem schräg angeordneten Schüttelboden, der mit Rührspaten besetzt ist...

Die Beizmaschinen waren, trotz ihrer Wichtigkeit, bis auf eine von Klammger, Judse u. Co., Kadebent-Dresden, ausgeblieben. Doch auch diese wird heute schon von besseren übertroffen.

Klammger, Judse u. Co. baut ferner sehr sinnreiche Kreiere, die nicht nur eine Reinigung des Getreides von den verschiedenen Beimengungen, sondern auch eine Sortierung des Getreides nach seiner Größe...

Von den Wirtschaftspraktiken möchten wir den Kartoffelbämpfer von Jaehne (Danzig-Olivaer Maschinenfabrik A.-G.) hervorheben. Mit diesem Dämpfer ist zugleich eine Schneidemaschine vereinigt...

Der Bassist ließ sie sich ruhig anstoßen. „Es wird einen Mittelweg geben,“ meinte er dann trocken, „nämlich: aus dem Theater heraus ins Gefängnis.“

ein Schlammfänger angebracht, der Dampf wird durch zwei Dampfverteiler zugeführt.

Von den Schrotmühlen wäre die von der Firma Stille (Machinenfabrik in Münster) gebaute Schrot- und Mahlmühle, deren Verfertiger Herr Ing. Marconski in Posen hat, zu erwähnen. Sie hat den Vorzug, daß sie mit einem Sieb ausgestattet ist, der auch das Ausmahlen des Getreides in Mehl gestattet. Die Sieber sind aus der billigeren Metallgasse verfertigt und haben am Einlauf ein Gefläße angeordnet, welches Verstopfungen vorbeugt und das Schrot aus der Schrotmühle in den Sieb herausbefördert.

Schließlich verdient noch die Unterluftfeuerung „Orfan“, gebaut von der Firma Maszewski u. Mucinski in Posen, Beachtung. Durch Zuführung von Luft unter die Mühle fördert sie den Verbrennungsvorgang und ermöglicht auf diese Weise die Verwendung auch minderwertiger Brennstoffe, wie Kohlenstaub, Torf, Braunkohle usw. Doch auch bei Verwendung von Steinkohle ergeben sich in der Landwirtschaft besonders an trüben Tagen während des Betriebes, da der Dampfdruck nicht auf der Höhe gehalten werden kann. Mit Hilfe dieses Apparates können wir diesen Störungen vorbeugen.

Das wären einige von den wichtigsten Maschinen, die sich auch unsere Landwirtschaft nützlich machen könnte und die bis jetzt noch zu wenig Beachtung fanden.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 17. Juni.

Vom neuen Mieterchutzgesetz.

Das neue Mieterchutzgesetz ist bekanntlich am 1. d. Mts. in Kraft getreten, und wenn seine Bestimmungen weder in Hausbesitz, noch in Mieterkreisen allgemeine Zustimmung gefunden haben, so darf doch eins gesagt werden, daß das neue Gesetz zweifellos dazu beigetragen hat, die bisherige gespannte Lage zwischen Hausbesitzern und Mietern ganz wesentlich zu mildern. Das wird aber in noch weit höherem Maße der Fall sein, wenn erst die neuen Mietsätze sich weiter erhöhen werden, was bekanntlich schon zum 1. Juli der Fall sein wird, wo die Prozentfähe der Grundmiete für das dritte Vierteljahr wieder eine Steigerung um 4 Prozent, d. h. also um 14 bzw. 19 bzw. 24 bzw. 54 der Grundmiete, erfahren werden.

Aus verschiedenen Anfragen aus unserem Bezirkeise erfahren wir, daß verschiedene Punkte des neuen Mieterchutzgesetzes noch immer nicht ganz klar bzw. je nach dem Standpunkte des Hausbesitzers oder des Mieters unklar sind. Deshalb sei nochmals auf folgende wesentliche Bestimmungen des Gesetzes hingewiesen: Die Norm über die Erhöhung des Mietsatzes in Höhe von 5-50 Prozent, der Vorkriegsmiete mit der vierteljährlich steigenden Höhe von 4 bzw. 6 Prozent ist für Wohnungen bis zu vier Zimmern unbedingt verbindlich und darf keinesfalls überschritten werden. Dagegen steht es für Wohnungen und Lokale über vier Zimmer hinaus sowohl dem Hauseigentümer, als auch dem Mieter frei, einen schriftlichen Vertrag abzuschließen, nach dem Bedingungen und Mietsätze in beliebiger Ausdehnung festgesetzt werden. Ohne einen solchen Vertrag bleiben selbstredend die festgesetzten Normen (wie sie im Artikel 6 ausgeführt sind), für beide Teile unverändert bestehen.

Küchen, Bedientenzimmer, Alkoven, Badezimmer, Veranda, Vorzimmer werden nicht als Sonderzimmern betrachtet und nicht in die Zahl der Zimmer einbezogen.

Wenn die Höhe der Miete im Juni 1914 nicht festgesetzt werden kann, sei es, weil in den betreffenden Räumlichkeiten damals niemand gemohnt oder der Mietsatz übertrieben hoch war, so hat das Schiedsamt für Mietsangelegenheiten den damaligen Mietswert des Lokals festzustellen und daraufhin bleiben die gleichen Normen gültig.

Wenn die Mietsätze den vollen Betrag des Vorkriegspreises erreicht haben wird — was im Jahre 1928 und für größere Lokale 1927, für Fabriklokale sogar schon Anfang 1926 der Fall sein wird —, so hören weitere prozentuale Erhöhungen auf. Der Mietsatz darf auch monatlich entrichtet werden. Der Hauswirt darf dagegen nichts einwenden.

Sobald der Mietsatz die Hälfte des Vorkriegspreises (Mitte 1926) erreicht hat, hört die Zahlung des auf den Mieter entfallenden Teiles der Hausausgaben auf. Der Mieter nimmt teil an folgenden Ausgaben, die zur Instandhaltung des Hauses notwendig sind: Wasserleitung (Kosten des Motorbetriebes), Instandhalten der biologischen Kläranlagen, Asanisation, Müllabfuhr (sofern sie bezahlt werden müssen), Schornsteinfeger, Beleuchtung der Treppenhalle und Korridore, Lohn des Hauswärters (außer dem Werte seiner Wohnung). Die Verteilung der Ausgaben auf die einzelnen Mietsparteien kann so wohl im Verhältnis zur Höhe des zu zahlenden Mietsatzes, als auch eventuell nach der Zahl der eingenommenen Räumlichkeiten erfolgen. Dem Mieter steht es zu, vom Hauseigentümer die Vorweisung von Belegen über die gemachten Ausgaben zu verlangen. Sobald der Mieter Licht, Heizung oder warmes Wasser aus eigenen Zentralanlagen des Hauses erhält, hat er auch die dafür

entstandenen Kosten im Verhältnis zur Größe seines Lokals bzw. der benutzten Lampen oder Heizkörper zu tragen.

Wer Untermieter aufnimmt, darf von ihnen ohne Möbel einen Aufschlag von 30 Prozent, mit Möbeln einen solchen von 75 Prozent des selbstgezählten Preises (natürlich von den durch den Untermieter eingenommenen Räumlichkeiten, nicht von der Gesamtwohnung) erheben. Auch an den Hausausgaben nimmt der Untermieter in gleicher Weise teil.

Die Erhebung einer besonderen Pauschalsumme für die Abrechnung der Wohnung oder die Abhängigmachung der Vermietung von einem Mietaufschlag ist verboten und wird strafrechtlich verfolgt.

Kündigungsgründe sind: Rückständigkeit in der Mietzahlung für ein halbes Jahr, mit Ausnahme einer äußeren Notlage, die die Zahlung unmöglich macht; unanständiges Betragen des Mieters oder seiner Hausgenossen, wenn dadurch den übrigen Mietern der Aufenthalt im Hause beeinträchtigt wird; Abrechnung einer Wohnung ohne Genehmigung des Hauseigentümers und Erhebung einer besonderen Vergütung dafür; wenn der Mieter am selben Orte eine zweite Wohnung besitzt.

Der Mieter ist auch zum Verlassen der Wohnung verpflichtet, wenn ein Haus umgebaut oder abgetragen wird; in diesem Falle hat der Hausbesitzer drei Monate vorher zu kündigen (im Falle eines Umbaus), dem Mieter eine entsprechende andere Wohnung (nicht unbedingt in seinem Hause), für die der Mieterschutz besteht, nachzuweisen, die den gleichen Anforderungen genügt wie die bisherige Wohnung. Ermittelt kann auch ein Hausverwalter werden, der sein Amt nicht mehr versteht, jedoch nur, wenn die Innehaltung der Wohnung an die Ausübung des Amtes gebunden war. Schließlich kann auch gekündigt werden, wenn die Räumlichkeiten vor dem 12. Januar 1921 zu wissenschaftlichen, industriellen und ähnlichen Zwecken benutzt waren, und der Hauseigentümer sie nunmehr dringend und sofort für sich selbst benötigt.

Im Falle des Todes eines Mieters gehen seine Rechte auf seine Anverwandten über, die bis zu seinem Tode ständig mit ihm zusammengewohnt haben, sofern sie natürlich keine andere Wohnung besitzen. Hinsichtlich der Lokale für Gewerbe und Handel gehen diese unbedingt an die Erben über, auch wenn solche auch noch anderweitige Geschäfte besitzen. Das gleiche Recht steht dem Untermieter gegen seinen Hauptmieter zu.

Wenn nachgewiesen wird, daß ein Mieter mit seinem Hauseigentümer heimlich gegen den Untermieter zwecks dessen Ermittlung sich verabredet, so erzieht das Gesetz dem Untermieter das Recht, den gesamten Mietgegenstand zu übernehmen. Es soll dies eine Art Strafe für den Mieter für unehrliche Handlungen sein.

Statistisches aus Posen.

Im April wurden nach den statistischen Aufzeichnungen des Magistrats 120 Ehen geschlossen; 16 Witwer und 5 Wittwen traten wieder in den Ehestand. Dem Bekenntnisse nach wurden 116 katholische, eine evangelische, eine mosaische Ehe und 2 Mischehen verzeichnet. 116 polnische Ehen standen 3 Mischehen und eine deutsche Ehe gegenüber. Die Geburtenzahl weist die Zahl 502 auf. Von den 444 Lebendgeburten waren 81 unehelich. Von den ehelichen Kindern hatten 7 evangelische Mütter und 5 deutsche Eltern. Es starben im Berichtsmontat 238 Polen und 14 Deutsche. Die meisten Opfer fordert der Tod unter dem Nachschuß bis zu 5 Jahren. Hier lesen wir die Ziffer 96 ab. Es folgt dann das Greisenalter von über 70 Jahren mit 32 Todesfällen. Die Bevölkerungszahl der Stadt betrug am 1. April 186 872. Bis zum Monatsende wurden 611 Seelen zugezogen. Davon entfielen 232 auf den Geburtenüberschuß, während 379 den Uberschuß aus dem Fort- und Zugangsverkehr darstellt. Es wanderten nach dem Auslande 64 Katholiken, 16 Evangelische und 3 Juden aus. Diesen Ziffern stehen die Einwanderungsziffern 44, 3 und 0 gegenüber.

Wie man mühelos Geld erwirbt.

In Köln sind in letzter Zeit fünf Schwindler auf Veranlassung des dortigen polnischen Generalkonsulats dingfest gemacht worden, die seit etwa zwei Jahren ihre nach Polen abwandernden Landsleute in ganz unerhörter Weise rupften. Es handelt sich um den 48jährigen Stanislaus Salewski aus Burki, Kr. Koschmin, den vermutlich aus der Stadt Posen stammenden Jan Banach, den 29jährigen Jan Kolaja aus der Ukraine, den 29jährigen Josef Tellermann aus Open-Best und den 26jährigen Viktor Gutowski, auch Gutanski, aus Grodno.

Diese Betrüger pflegten sich an ihre nach Polen zurückwandernden Landsleute herauszurufen und, nachdem sie als „Neuigkeit“ erfahren hatten, daß sie nach Polen reisen wollten, erklärten sie ihnen, daß sich das ja gut treffe, da sie daselbst Geld hätten. Ob sie denn auch Geld bei sich führten? Dann machten sie damit nur ja recht vorsichtig sein, da die preussischen Grenzbeamten sehr genau revidierten und das Geld beschlagnahmten. (N.B. Das ist natürlich nicht wahr, da die Wilmahme gewisser Geldbeträge über die Grenze aus Deutschland ebenso erlaubt ist, wie umgekehrt aus Polen nach Deutschland.) Nur allzu gern gingen nun die

eingeschüchterten Leute auf das Angebot ihrer neuen Freunde ein, das Geld so sicher zu verpacken, daß es von den deutschen Grenzbeamten nicht gefunden würde. Diese erstanden eine Zigarrenkiste, packten das Geld in einen Briefumschlag, legten ihn auf den Boden der Zigarrenkiste und bedeckten ihn mit etwas Tabak oder einigen Zigarren. Selbstverständlich wurde beim Einpacken der Briefumschlag mit dem Gelde mit einem solchen ohne Geld verwechselt, nach dem alten, in Posen fast allgemein bekannten Gaunertrick. Dann trennte man sich mit den Worten: Auf Wiedersehen auf dem Bahnhof, denn die Fahrt nach Polen sollte ja gemeinsam von jenen gehen. Wer aber nicht erziehen, das waren die Gauner. Sobald die Gauner nun, nachdem sie die Grenze bei Bentzen passiert hatten, ihre Zigarrenkisten öffnete, fanden sie die Briefumschläge leer vor. Den Gaunern sind neuerdings auf diese Weise Summen von 4800, 6850, 3000, 2100 Frank usw. in die Hände gefallen. Natürlich ist die Zahl ihrer Opfer noch erheblich größer. Die Kriminalpolizei in Posen bittet daher, ihr von ähnlichen Betrugsfällen sofort Kenntnis zu geben oder bei der Polizei in Köln Anzeige zu erlassen. Mit den Gaunern im Bunde ist ein älterer Mann, der sich noch der goldenen Freiheit erfreut. Salewski ist im vorigen Monat von der Strafkammer in Köln zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Schon jetzt steht fest, daß polnische Rückwanderer auch in Berlin und in Düsseldorf von ähnlichen Schwindlern wie den vorbenannten gerupft worden sind.

Umtausch von Banknoten in Kleingeld. Um den Geldmarkt rasch mit Kleingeld zu versorgen, haben die Schatzkassen den Aufschlag erhalten, Roth-Banknoten und alle Markbanknoten in unbeschränktem Umfang in Metallgeld bzw. Papierkleingeld umzuwechseln. Die Umwechslung von Banknoten in Kleingeld geschieht gleichzeitig auch in allen Zweigstellen der Bank Polst.

X Eine irtümliche Nachricht. Vor einiger Zeit wurde dem „Kurjer“ aus Schroda berichtet, daß L. umidawicz, der seinen Schwiegervater, den Kaufmann Madziejewski, und dessen Tochter erschossen hat, im Untersuchungsgefängnis in Posen gestorben sei. Jetzt wird dem „Kurjer“ berichtet, daß L. nicht gestorben, sondern aus dem Gefängnis entlassen ist und in Schroda auf freiem Fuße lebt. Die Entlassung soll auf Antrag des Gefängnisarztes erfolgt sein, weil L. krank ist. Die Verhandlung gegen L. wegen zweifachen Mordes soll in kurzem stattfinden.

Evangelisch-lutherische Gemeinde. Am Donnerstag, dem Fronleichnamstage, macht der Kirchchor und mit ihm die Gemeinde bei gutem Wetter einen Ausflug nach Rogasen. Abfahrt 8.20 Uhr früh vom Hauptbahnhof, Bahnsteig VI, mit einem besonders bestellten Eisenbahnwagen 4. Klasse; Rückkehr 9 Uhr abends. Es wird mit Leiermagen, die in dankenswerter Weise kostenlos zur Verfügung gestellt werden, vom Rogasener Bahnhof nach dem herrlich gelegenen Buchwald gefahren. Im Walde werden der Rogasener und Posener Kirchchor und Männerchor vierstimmige geistliche und weltliche Lieder vortragen. Jeder Teilnehmer muß sich mit Eßwaren versehen. Milch und Bier wird es zu kaufen geben. Auch die Freunde der Gemeinde sind zu diesem Ausflug herzlich eingeladen.

X Posener Bachverein. Es sei noch einmal darauf hingewiesen, daß der Naturliedert-Abend in der Kreuzkirche morgen, Mittwoch, pünktlich um 7 1/2 Uhr beginnt. Eintrittskarten für 5, 3 und 1 Million sind noch in der Evangelischen Vereinsbuchhandlung und am Mittwoch von 6 1/2 Uhr ab im Turmportal zu haben; ebendort die für das Verköstigen derlieder durchaus notwendigen Texte für 1/2 Million. — Neben den vorerwähnten Arie „Willkommen jetzt o dunkler Hain!“ aus Haydns ewigen „Jahreszeiten“ und (mit Geigenbegleitung) die Arie „Angehme Zephyrus“ aus Bachs köstlich-humorvoller Geburtstagskantate „Der zufriedengestellte Aeolus“. Fräulein Herta Milbradt singt zwei Lieder von Brahms, die „Selbstsamkeit“ und „Bestillte Sehnsucht“ (dies mit Brautche). Beide Sängerinnen vereinen sich, mit Geige und Bratsche, zu einem, vom Konzertveranstalter bearbeiteten Duette „Aubet sie, matte Sinne!“, das um 9 Uhr von einer ganz neuen, weichen und zärtlichen Seite zeigt. — Punkt 9 Uhr soll das Konzert zu Ende sein. — Die Chormitglieder werden noch darauf aufmerksam gemacht, daß die Generalprobe heute, Dienstag, Punkt 7 1/2 Uhr, für Damen und Herren in der Kreuzkirche beginnt.

Deutscher Theaterverein. Die Theaterleitung bittet uns mitzutheilen, daß der Vorverkauf für das am Samstag, 21. d. Mts., abends 8 Uhr, im Zoologischen Garten stattfindende Gastspiel der Bromberger Deutschen Bühne „Der Schöpfer“ begonnen hat. Es wird zu empfehlen sein, daß sich jeder, der die Bromberger Deutsche Bühne einmal sehen will, rechtzeitig in den Besitz von Eintrittskarten setzt, da am Ende der Woche wegen der Handarbeitsausstellung des Frauen-Hilfsvereins mit zahlreichem auswärtigen Besuch gerechnet werden muß. Die Preise der Plätze betragen 8, 6, 4 und 2 Millionen Mark; Theaterkarten sind im Zigarrengeschäft von Gummior, Sm. Marcin Cde. u. Swarna, im Vorverkauf zu haben.

X Kino Teatr Rajacowy. Der jetzt im Teatr Rajacowy zur Vorführung gelangende Serienfilm „Am Ramin“ atmet wahrhaft russische Melancholie und Sehnsucht und ist auf einem eigenartigen Liebesmotiv aufgebaut. Kesselnde Handlung, hervorragendes

Ueber das deutsche Volkslied.

Wir haben wieder einmal das Pfingstfest erlebt, das uns Christen an den kultur- und weltgeschichtlichen Tag erinnern soll, an dem der lebensfrohe Geist des jungen Christentums seinen Siegesfeldzug gegen die Welt erstarrender Lebensformen und Anschauungen und gegen die Unterdrückung antat. In den Pfingsttagen jauchzt die Menschheit vor Freude und Wonne über die im reichsten Schmucke prägende Natur, über ihre vollendete Erneuerung nach langem, kaltem Winter. Mensch und Natur fühlten neue Zuversicht und Freude. Wer aber den innersten Ideen des Pfingstfestes folgend über den Geist unserer Zeit nachdachte, fand gewiß Anlaß zu ersten Betrachtungen.

Heute fühlt die Menschheit längst nicht mehr so tief und froh wie vor Jahrhunderten, als das Volk in Wald und Feld oder auf die Berge zog, gemeinsam seine Lieder in den Frühling hinausjauchzte und sich selbst als Teil der freien Natur fühlte. Das 13. bis 15. Jahrhundert, mit all den schönen Volksbräuden wie Krämpfungen, Beschlagungen, Matengehen, Ringelreihen und anderen war die Blütezeit des deutschen Volksliedes und Volkstums, eine Zeit überschäumenden Lebensgefühls und damit deutscher Volkskraft.

Welt und Menschheit haben sich seitdem gründlich geändert. Die Entwicklung bis zur Gegenwart sei nur fragmentarisch gezeichnet.

Der Dreißigjährige Krieg vernichtete unser Volkstum, und damit das Volkslied. Das Wenige, was an deutscher Volksdichtung übrig blieb, wurde in dem Jahrhundert nach dem Abschluß des verhängnisvollen Krieges von Gelehrten und Dichtern herabgerichtet oder überhaupt nicht bemerkt. Die Dichtung entwickelte sich zum Abfall des Fremden und verlor durch ihre ausschließliche Neigung zum Gelehrten Lebenskraft und Wert. Da waren es Herder und Goethe, die die längst vergessenen Sätze unseres Volksliedes wieder hoben, weil sie in ihm richtig den Gesundheitszustand dichterischer, sittlicher und völkischer Kraft erkannten. Goethe, der sich 60 Jahre hindurch eifrig und liebevoll mit dem Volksliede beschäftigte, wurtelte ja durchaus im Volkstum und verbande ihm seine besten Kräfte und seine dichterische Größe. Man kann heute schwerlich erweisen, welchen Maßfaktor das Volkslied, dann zur Zeit der Romantik im literarischen und völkischen Leben der deutschen Nation spielte. Dichter und Denker ohne Ausnahme begeisterten sich an der wiedererwachten Volksdichtung, wählten ihre besten Streben und Fortschritte und schenken dem deutschen Volke einen kostbaren Schatz herrlicher Volkslieder. Mit dem Absterben der Romantik traten die Volksliedbeschreibungen in ein neues Stadium. Die romantische Forderung — von

den Dichtern der Romantik selbst gepflegt —, die dem Liede ein mythisches Entstehen zutrieb, ging allmählich in die Hände der Germanisten oder Volksliedersammler über. Das war ein sachlicher Fortschritt vom wissenschaftlichen Standpunkt, doch verlor damit leider das Volkslied viel an Einfluß und Interesse im literarischen Leben der Nation.

Herder, Brentano und Arnim hatten den Fehler begangen, in ihren Volksliedersammlungen nur Texte zu bringen. Daß die Melodie Seele des Volksliedes ist, würdigte erst spätere Forscher gebührend. Das 19. Jahrhundert steht dann weiterhin im Zeichen einer erhöhten Sammelstätigkeit von hervorragenden Kennern, wie Erik Boehme, Litzencron, Scherer, Pommer, John Meier und viele andere. Das deutsche Volk durfte stolz darauf sein, einen so ungeheuren Schatz schöner Volkslieder zu besitzen, wie ihn kein zweites Volk in ähnlicher Güte und Fülle aufzuweisen vermag.

Eine seltsame Tatsache ist es, daß familiäre Forscher, von Herder an bis in die Gegenwart, den Untergang des deutschen Volksliedes feststellen und beklagen. Man hat in dieser Hinsicht häufig übertrieben, aber die Klagen entbehren natürlich keinesfalls der Berechtigung. Ist nun tatsächlich unser deutsches Volkslied, das so unendlich viel Schönes in sich birgt, totes Kapital für uns geworden? Warum singt man heute im Volke nicht mehr so oft und gut wie früher?

Der Gründe gibt es viele.

Lebensbedingung für das Volkslied ist eine gedächtnissträchtige Überlieferung der Texte und Melodien von einem Geschlecht zum anderen. Wer aber von unseren Bücherhändlern, Bildungsgeistern und Zintennennern merkt sich heute noch Volkslieder? Es gibt so viel andere Dinge in den Büchern, — und wenn man schließlich einmal singen will, braucht man sich ja nur an die Buchstaben zu klammern. So kann ohne Übertreibung behauptet werden, daß ein großer Teil unserer sogenannten Gebildeten nicht oft kaum eins unserer bekanntesten Lieder richtig auswendig weiß. Es steht ja alles im Buch. Aber ein weit tieferer Grund liegt in den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen unserer Zeit. So gewaltig der technische Fortschritt unserer Tage sein mag, er wirkt doch auf den Menschen selbst in verhängnisvoller Weise ein. Die notwendig gewordenen Arbeitsteilung raubt dem arbeitenden Volke die innere Befriedigung an Schaffen, die moderne Entwicklung würdigt einen großen Teil unseres Volkes zur Maschine herab. Kein Wunder, daß der Fortschritt, die Basis für den Volksgefang, verflucht und daß das edle Lied flachem Schunde weichen muß, aber ganz verstimmt. Es hat sich ins Dorf und ins bescheidene Vorbergengehen zurückgezogen, dorthin, wo noch lebensfrohe, natürliche und gesunde Menschen wohnen, wo noch deutsches Volkstum zu finden ist und man großstädtische Hohlheit und Majestät nicht kennt. Ein großer Teil völkischen Gefühls-

lebens, der früher mit im Volksliede seinen Platz fand, hat sich naturlicherweise seinen Ausdruck anderswo gesucht. Ferner darf man wohl feststellen, daß das Volkslied im städtischen Konzertsaal letzten Endes doch nur wie eine abgepflückte Blume ist, die bis zum nächsten Morgen im Wassergrase verwelkt. Alles das sind nur einige der vielen Ursachen für den befürchteten Volksliederverfall.

Eingichtsbolle und ideal denkende Männer unserer Tage haben klar erkannt, daß gerade heute in der Zeit größter völkischer Not unser Volkslied doppelter Pflege bedarf. Wir Deutsche dürfen unser so oft bejungenes und gerühmtes Gemüt, unsern Frohsinn nicht verkümmern lassen, gerade heute nicht. „Rückkehr zum Volkstum und zum Volksempfinden!“ muß der Wahlspruch jedes sittlich und tiefer denkenden Deutschen sein. Kampf dem flachen Alltagsrummel, Kampf dem entnervenden Pessimismus!

Tausend tüchtige Kräfte in der deutschen Kulturwelt arbeiten heute mit bewußter Hingabe daran, den heiligen Strom unseres Volksliedergutes von neuem in alle Herzen, vor allen Dingen in die Herzen unserer Jugend zu leiten. Gerade die heutige Jugend muß gegen den schweren Alltag und gegen die unser Volkstum bedrohenden Kräfte gewappnet sein. Man hat dem Volksliede nicht zu Unrecht von jeder Zaubermacht zugeschrieben. Hat nicht auch tatsächlich ein einziges Lied, wie „Ein feste Burg ist unser Gott“, haben nicht die Volksliedliebhaber in den Kriegsjahren und die Lieder vor dem Schladingshofer Wunder bewirkt? Und hat nicht schon jeder an sich selbst den erquickenden Zauber deutscher Volkslieder empfunden? Es sei hier noch besonders an deutsche Sprachkünstler, wie Siebenbürger, die die Gotische und das Märkische Kubländer erinnert. Wer sich jemals mit ihrer Gedächtnis etwas befaßt hat, wird bestätigen, daß zum großen Teile das Volkslied dort das deutsche Stammesbewußtsein und deutsche Kultur Jahrhunderte hindurch vor dem Untergang bewahrt hat.

Auch uns Deutschen hier in Polen, die wir häufig schwierigen, drückenden Verhältnissen gegenüber stehen, soll unser herrliches Volkslied ein Vorn frischer Kräfte, des Trostes und der Zuversicht werden. Versuche zur Neubebung und Förderung des Liedes werden zwar hier und da unternommen, aber es fehlt an tätiger Ausbau und aufopferndem Pflichtbewußtsein. Die Versuche beschränken sich einestheils auf einen viel zu kleinen Kreis, und andernteils bringt man in den breiten Kreisen dem Volksliede ein viel zu geringes Interesse und ein mangelndes Verständnis entgegen. Nein, wir müssen alle ohne Ausnahme wieder häufiger unsere Lieder singen, uns zur Erbauung und Stärkung und — aller Not und allen Anfeindungen zum Trost.

Dr. Lid.

Ernte-Pläne

in allen Größen
empfehl
Tow. Akc. „JUTA“, Poznań
ulica Fredry 1. Tel. 2245 u. 2938.
Telegramm-Adresse: JUTA, Poznań.

Below-Knothe'sches Mädchen-Lyzeum

Poznań, Waly Jana III, Nr. 4.

Anmeldungen für das neue Schuljahr werden täglich von 12-1 Uhr im Schulhause entgegen genommen. Für das 1.-3. Schuljahr werden auch Knaben aufgenommen.

Aufnahmeproofung Montag, d. 30. Juni vormittags 11 Uhr.

Es sind vorzulegen: Taufschein bezw. Geburtschein, Impfschein und legitimes Zeugnis.
Oberlehrerin H. Schiffer, Direktorin.

Sanatorium Friedrichshöhe

Tel. 26. Bad Obernigk bei Breslau für innerlich Kranke, Nervenranke u. Erholungsbedürftige. Geistesranke ausgeschlossen.

Abteilung für Zucker- und Stoffwechselranke. Insulinkuren.

Tagespflugesatz:
I. Klasse: Zimmer, Pension, Kur u. Arzt 10-12 Mk.
II. Klasse: Zimmer, Pension, Kur u. Arzt 7 Mk.
Chefarzt u. Besitzer: Dr. F. Köblich, Nervenarzt.
Dr. med. Günther Espent, Internist.
Prospekte.

Telephon 2172 Labura Waly Leszczyńskiego 2

Forst: Die 4. Forstbereinigung durch Herrn Forstmeister a. D. Kirchner findet am 16. d. M. statt. Anfragen und Aufträge dazu bitten wir zu richten an die

Buchstelle: „Labura T. z. o. p.“, Poznań. Der zweckmäßigste Termin zum Anschluß an diese ist der 1. Juli (vollständige Steuerberatung gebührenfrei). Angehörige Fläche 300 000 Morgen.

Bücher-Verkauf: Für Beginn des neuen Wirtschaftsjahres liefern wir sämtliche gangbaren Bücher und Formulare.

2 1/2" und 3" unbeschlagene Wagenräder,

sowie einzelne Wagenente hat stets auf Lager und preiswert abzugeben
Herrschaft Göra, pow. Jarocinski.

Guter haltene Kinderwagen zu kaufen gesucht. Ang. mit Preisangabe unt. T. 7889 a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Empfehlen antiquarisch, sofort lieferbar:
Joachim Nettelbeck's wunderbare Geschichte.

Cooper, Der Pfadfinder.
Keil, Von der Schulbank nach Afrika, gebunden.

Bajzac, Eugenie Grandet.
Alt-Berliner Humor, geb.

Eugenie, O Jugend, geb.
Hebels schönste Erzählungen aus dem Schatzkästlein des rheinländisch. Hausfreundes gebunden.

Seasfield, Die Prarie am Jacinto.

de Nora, Tanzprinzessin, geb. Edda-Sagen. — Aus den Kriegsjahren 1806-1915. — Nordost-Sibirien. — Auf dem Seewege nach Indien. — Germanische Urzeit. — Tiroler Strandschützen.

Meyer's gr. Konv.-Lexikon. 15 Bde., geb., 2. Aufl.

Antiquarisch zu kaufen gesucht, nicht so alte Auflagen von:

Brockhaus, großes Konversations-Lexikon.

Meyer's großes Konversations-Lexikon.

Kolland, Johann Christoph, Roman, 5 Bde.

Angeboten mit genauer Angabe der Auflage, des Preises und der Beschaffenheit sehen entgegen

Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.

Abteil. Versandbuchhandlung. Poznań, Zwierzyniecka 6.

Sehr guterhaltene Herren-Fahrrad (Straßenrenner) preiswert zu verkaufen. Stephan, Waly Jagm. Augusta 3.

Landwirtschaft von 78 Morg., 20 Alm. von Stadt Posen entfernt, prima Rüb- und Ackerboden, sehr schön gelegen, mit kompl. leb. u. totem Invent., sofort preiswert zu verkaufen. Off. unter D. 7884 a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Train-Wagen,

leichte und schwere, billigst abzugeben.

„Złom i Odpadki“, G. m. b. H.

Einkauf v. Metallen und Metallen,

Poznań, Wyplacisłlego 6 parterre links. Tel. 68-83.

Coker Spaniel

Prachttiere, hat noch abzugeben

Fechner, Kaczkowo, Leszno.

Wagen-räder,

gebrauchte, jedoch in gutem Zustande, billigst abzugeben

„Złom i Odpadki“, G. m. b. H.

Einkauf v. Metallen und Metallen,

Poznań, Wyplacisłlego 6 parterre links. Tel. 68-83.

Bilanz am 31. Dezember 1923.

Aktiva.		Mk.	
Stoffenbestand		16 812 146	
Geschäftsguthaben bei Prov.-Gen.-Kasse		100 000	
Ausstand in lfd. Rechn. bei Genossen		42 188 262	
Wertpapiere		1	
Guthaben in lfd. Rechn. b. Pr.-G.-Kasse		190 000	
Geschäftsguth. b. d. Pdm.-Haupt-Ges.		100 000	
Inventar		1	
Summe der Aktiva	Mk.	59 390 410	

Passiva.		Mk.	
Geschäftsguthaben der Genossen		2 950 224	
Refervefonds		13 000	
Betriebsrücklage		13 000	
Spareinlagen		12 741 052	
Schuld in lfd. Rechn. an Genossen		29 423 039	
Summe der Passiva	Mk.	45 140 315	
Reinverdienst	Mk.	14 250 095	

Zahl der Genossen am Anfnge des Geschäftsjahres: 55
Zugang: 1, Abgang: 1

Zahl der Genossen am Schluß des Geschäftsjahres: 55

Spar- und Darlehnskasse, Spółdzielnia z odp. nieogr. zu Podwęgierki.

Schulze. Brendler.

Bilans dnia 31. grudnia 1923.

Aktywa.		mk.	
Gotówka		16 812 146	
Pretensja u Prov.-Gen.-Kasse		100 000	
Pretensje u członków		42 188 262	
Papiery wartościowe		1	
Pretensje u Prov.-Gen.-Kasse		190 000	
Pretensje u Landw.-Haupt-Ges.		100 000	
Inwentarz		1	
Suma aktywów	mk.	59 390 410	

Pasywa.		mk.	
Długi u członków		2 950 224	
Fundusz rezerwowy		13 000	
Fundusz rezerwowy obrotowy		13 000	
Wkładki		12 741 052	
Dług u członków w bież. rach.		29 423 039	
Suma pasywów	mk.	45 140 315	
Czysty zysk	mk.	14 250 095	

Liczba członków na początku roku obrachunkowego: 55
Dochód: 1, Odcród: 1

Liczba członków przy końcu roku obrachunkowego: 55

Spar- und Darlehnskasse, Spółdzielnia z odp. nieogr. zu Podwęgierki.

Schulze. Brendler.

Achtung!

Wer hat Saluzien für die die besten Saluzien Aus- stellung gemacht? Nur Kauf- mit Diebig, Wallischei Nr. 38/39. Fertige neue, aus gutem Material; repa- vierte auch gut und billig.

Berlin — Polen.

Tausche

meine Häuser in Berlin gegen ein Gut oder Häuser in Polen. Offerten bitte an „Bar“, Poznań, 27. Grudnia 18 unter Nr. 33 235. (1797)

Salon

eleg. Damen- u. Herren- Garderoben nach Maß. Am Lager fertige Damen- Mäntel u. Froh- u. Koffime eigener Anfertigung. Neueste Modelle, billige Preise. S. Roemer, Schneidermstr. Poznań, Szewska 12.

Sudetendeutsche Tages-Zeitung

Erscheint täglich, ausgenommen an Tagen nach Sonn- u. Feiertagen. — Geschäftsstelle: Prag, Herrng. 8/II, Teleph. 4910. Schrift- leitungsstellen a. E., Moritzpl., Teleph. 100

Bezugspreis: Viertelj. 12 K 86-, monatlich K 19-, bei Botensst. K 2- monatl. austr. Einzelp. 70, 50mm. 80h. Verantw. Leitungsstelle a. E., Moritzpl., Tel. 8

Folge 1. Prag, Sonntag 1. April 1925. 1. Jahrgang.

Die „Sudetendeutsche Coarsetzung“ ist das einzige unparteiische und reinmündliche Tagblatt der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien — eines absperrigsten, weitestreichendsten und feinsten hochentwickeltesten Volksteiles von nahezu 4 Millionen Menschen. Sie unterrichtet — über den Parteien hinweg — über alle politischen, sozialen, Ereignisse und Tagesereignisse, und bildet das beste und zuverlässigste Informationsmittel über das sudetendeutsche Auslandsdeutschentum.

(5189)

CONSERVIERUNG auch nicht von mir bezogener PELZWAREN

sachgemäße Behandlung durch geschultes Kürschner-Personal
WERTBESTÄNDIGE VERSICHERUNG

Pelz-Mode-Magazin B. Schultz

Poznań, ul. Gwarna 16.
Gegründet 1840.
* Tel. 1513. *

„SLAWA“ G. m. b. H.

Wir haben laufend Interesse für alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse. [6479]

Wir liefern zu den billigsten Preisen oberschlesische u. englische Kohle.

Danzig, Poggenpfehl 42.

Telegr.-Adr.: Slawa. Telephon: 7822-5408.

Großes möbl. Zimmer

mit Pension vom 1. 7. zu vermieten. Schmidt-Kossad. Aleje Marcinkowskiego 2.

Khabarber,

äußern billig. Konsumverein, Poznań, Wjazdowa 3. (7902)

Junge Erzieherin

für eine Herrschaft auf dem Lande mit musk. Kenntnissen, zu möglichst bald. Eintritt gesucht. Bewerbungen schreiben mit Zeugnisabschriften u. Gehaltsforderung sind an Herrn Dr. Stadelmann, Gut Strzeżkowo, P. M. Międzyrzec, Kreis Wągrowiec zu richten.

Am 1. Juli suche ich für 4 Kinder von 2-4 Jahren ein einfaches, zuverlässiges Kinderfräulein und erbitte Angebote mit Bedingungen an Frau Nora Schulz, Wolsztyn (Großpolen).

Gebildetes, nicht zu junges Mädchen, erfahren in allen Zweigen des Haushalts, selbstständig, im Kochen, geschult im Schneidern, als Stütze ans Land gesucht. Angeb. unt. B. 7863 a. d. Geschäftsstelle d. Bl.

Dienstmädchen

welches etwas kochen kann, für sofort oder 1. Juli gesucht, Waisfrau wird gehalten. Meldungen zwischen 3 u. 4 Uhr bei Ing. Breder, Dąbrowskiego 10 I.

Gesucht zum 1. 7. 24 einfache, zuverlässige, deutsche Stütze.

Meldungen an Frau M. Schmidt-Kossad, Benjamat Aleje Marcinkowskiego 2.

Ordentl. Alleinmädchen von sofort gesucht.

Frau Oberlehrer Greff, Aleje Marcinkowskiego 25, III.

Einf. ehel. Stubenmädchen auf ein Gut, Nähe Posens, s. 1. 7. 24 bei gutem Lohn gesucht. Off. u. A. 7877 a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Stellenangebote

Landwirt, 25 J. alt, geb. freiborn, mit mehrjähr. Praxis in intensiven Wirtschaften als

Beamter

tätig gewesen, sucht s. 1. 7. 24 anderweitig Stellung wegen Besitzwechsels des jetzigen Hauptortes am liebsten unter Disposition des Chefs. Inspektor Ceter, Lubina, Mała, pow. Jarocin.

Erfah. praktisch. Landwirt

der polnischen Sprache mächtig, evang., verh., sucht gestützt auf gute, langj. Zeugn. u. Empfehl. s. bestes Antritt Stellung als

Oberbeamter oder Gutsverwalter.

Jetzt 67 1/2 Jahre Betriebsleiter einer großen Saatgutwirtschaft gewesen. Gest. Angeb. u. Nr. 7892 a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Gebildete deutsche Dame

mittl. Alt., gej. u. fröhli. Gemüts, in all. Zweigen d. Haushalts und Krankenpflege erfahren (vertr. im Umgang mit Blinden), gute Vorleserin, schreibgewandt, gute Kenntnisse der polnischen Sprache in Wort und Schrift und Buchhaltung sucht ab 1. August d. Js. Wirkungskreis als

Hausdame u. Sekretärin

bei älterer vornehm. Persönlichkeit (auch Gutshaushalt). Gest. Bewerbungen unter A. 3. 7899 an die Geschäftsst. d. Blattes.